

WAHLPROGRAMM
SPD GÜTERSLOH 2020–2025

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik	6
2. Jugend und Bildung in Gütersloh.....	7
2.1. Elementarbildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.....	7
2.2. Kinder und Jugendarbeit.....	7
2.3. Kontakt zu Familien – Kommunale Kinder- und Jugendhilfe	8
2.4. Kinder- und Familienfreundlichkeit	8
2.5. Freizeit- und Aufenthaltsqualität in der Stadt für Kinder und Jugendliche.....	9
3. Schule und Bildung in Gütersloh.....	10
3.1. Schulangebot	10
3.2. Ganztagschule	11
3.3. Digitalisierung an Gütersloher Schulen	12
3.4. Schule ist mehr als Unterricht.....	12
3.5. Nicht-pädagogisches Personal in der Schulgemeinschaft.....	13
3.6. Finanzen im Schulbereich – Investitionen in Schulbauten.....	14
3.7. Demokratischer/politischer Bildungsauftrag von Schulen	14
3.8. Inklusion in der Schule	16
3.9. Beteiligung in der Bildungspolitik.....	16
4. Wohnen und Leben in Gütersloh	17
4.1. Öffentlicher Raum/Stadtbild	17
4.2. Arbeitsplätze.....	18
4.3. Konversion	18
4.4. Verkehr und Mobilität	19
4.5. Wohnen	21
5. Umwelt und Klimaschutz in Gütersloh.....	23
5.1. Erneuerbare Energie vor Ort erzeugen	23
5.2. Den Energiebedarf in der Stadt Gütersloh senken	24
5.3. Klimafreundliche Stadtentwicklung.....	24
5.4. Schutz von Artenvielfalt und Natur	25
5.5. Gütersloh wird eine abfallarme Stadt	25
5.6. Nachhaltige Ernährung und Erholungsräume – Grünflächen in Gütersloh	26
5.7. Luftreinhaltung und Lärminderung.....	26
6. Sozialer Zusammenhalt in Gütersloh	27
6.1. Aktivierende Sozialpolitik – Vorsorge und Teilhabe.....	27
6.2. Bedeutung von Familien in der kommunalen Gemeinschaft	27
6.3. Wohnen	27
6.4. Wohn- und Betreuungsformen.....	28
6.5. Stadtteilentwicklung	28
6.6. Lokale Mitverantwortung beim Thema Arbeit.....	29
6.7. Ehrenamt fördern	30
6.8. Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe	30
6.9. Integration als Chance	31

7. Kultur und Sport in Gütersloh	33
7.1. Kultur	33
7.2. Stadtbibliothek.....	35
7.3. Volkshochschule	35
7.4. Sport.....	36
8. Querschnittsaufgaben.....	37
8.1. Finanzen.....	37
8.2. Digitalisierung.....	38
8.3. Feuerwehr und Sicherheit.....	38
8.4. Verbraucherpolitik	39
8.5. Kommunale Unternehmen spielen eine wichtige Rolle	39
8.6. Europa und Städtepartnerschaften.....	41
8.7. Ein guter Nachbar	41
8.8. Bürgerbeteiligung, Transparenz	42
8.9. Inklusion	42
8.10. Sozialdemokratische Wurzeln	43
9. Personal	45

Vorwort

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger der Stadt Gütersloh.

Die SPD will eine Stadt, in der sich alle Menschen gleichermaßen wohlfühlen und entfalten können. Gütersloh ist eine weltoffene und I(i)ebenswerte Stadt, in der die Menschen gut leben und arbeiten können. Gütersloh ist eine Stadt mit Zukunft.

Die Bürgerinnen und Bürger mögen ihr Gütersloh und sie wollen gute Lebensbedingungen für sich und ihre Familien, bezahlbaren Wohnraum, optimale Bildungsmöglichkeiten, attraktive Arbeitsplätze, ein breites Kultur- und Freizeitangebot und ein sicheres Leben in ihrem persönlichen Umfeld. Für uns gehören die Stärkung des Wirtschaftsstandortes, der bedachte Umgang mit Umwelt und Energie sowie eine soziale städtische Gemeinschaft ergänzend dazu.

Beste Angebote der Betreuung und für die Bildung schaffen die besten Voraussetzungen für Chancengleichheit in späteren Lebensabschnitten. Eine gute Integration zugezogener Menschen schafft Verständnis füreinander und soziales Miteinander. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen die Zukunft gestalten, um die Herausforderungen zu meistern. Gütersloh ist Ihre I(i)ebenswerte Stadt. Eine Stadt der Toleranz, der Kreativität, der Stärke, der Solidarität – der Zukunft.

Auf den folgenden Seiten unseres Wahlprogramms zeigen wir auf, welche Idee wir für Gütersloh haben. Dies bildet die Grundlage für unsere kommunalpolitische Arbeit in den kommenden fünf Jahren. Wir wollen Verantwortung für Sie und die Zukunft unserer Stadt zu übernehmen – gemeinsam mit unseren Ratskandidatinnen und -kandidaten, die in Gütersloh leben und mittendrin sind. Mit unserem Wahlprogramm beschreiben wir unsere Ziele und werben um Ihr Vertrauen – für ein I(i)ebenswertes Gütersloh. Wir bitten Sie um Ihre Stimme am 13. September, damit wir diese Ziele für unsere schöne Stadt gemeinsam mit Ihnen erreichen.

Herzlichst

Ihr
Volker Tappe
SPD-Stadtverband

Ihr
Thomas Ostermann
SPD-Ratsfraktion

Erläuterungen zur Darstellung des Wahlprogramms:

1) Verknüpfungen und Verweise:

An vielen Stellen im Programm werden Bezüge und Querverweise zu anderen Kapiteln hergestellt. Diese sind mit einem „→“-Symbol gekennzeichnet.

2) Forderungen:

Konkrete Forderungen der Gütersloher SPD werden zur besseren Lesbarkeit eingerückt dargestellt

3) Beispiele:

An einigen Beispielen soll erläutert werden, was sich hinter den Forderungen verbirgt, so dass besser nachvollzogen werden kann, worum es sich dabei handelt.

1. Grundsätze sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Eine solidarische Bürgergesellschaft in der Kommune ist für die Daseinsvorsorge verantwortlich und prägt den Alltag der Menschen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen.

Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind groß: Angefangen mit den Auswirkungen der Globalisierung auf der kommunalen Ebene, über den demografischen Wandel, die ökologischen Herausforderungen infolge des Klimawandels und nicht zuletzt mit der Digitalisierung des Alltagslebens stellen viele Entwicklungen die Kommunalpolitik vor neue Aufgaben. Darauf reagieren wir nicht pessimistisch, sondern mit dem politischen Willen zur Gestaltung unserer Zukunft in Gütersloh. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gute Lebensbedingungen für alle Menschen in Gütersloh. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität in der Kommune bieten.

Unsere Kommunalpolitik ist an unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, Toleranz und Demokratie sind unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik auch vor Ort. Sie respektiert die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und leistet ihren Beitrag zum Gelingen einer menschenfreundlichen Kommune.

Die SPD steht für demokratische, soziale, integrative und damit zukunftsorientierte Kommunalpolitik. Nachhaltige Kommunalpolitik orientiert sich am Gleichklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt.

Die Kommunen sind die Erfahrungsebene der Bürgerinnen und Bürger, auf der die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen konkret und fassbar werden. In immer komplexeren Zusammenhängen von Globalisierung und einem zusammenwachsenden Europa ist es vor allem die regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie. Sie lebt von der Mitwirkung und der Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner. Ihr Engagement ist notwendig und erwünscht. Kommunale Selbstverwaltung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft. Die Verantwortung für das Gemeinwohl ist die zentrale Aufgabe von Politik und Verwaltung. Sozialdemokratische Kommunalpolitik vermittelt zwischen den verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen und führt die gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um Zukunftsfragen gemeinsam vor Ort zu lösen.

Der vorsorgende Sozialstaat beginnt in den Kommunen. Er setzt an den Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit an und zielt darauf ab, die Betroffenen auf Dauer von den empfangenen Leistungen unabhängig zu machen. Alle kommunalen Möglichkeiten müssen dazu genutzt werden, vorausschauend Fehlentwicklungen zu erkennen und nachhaltig für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Um Probleme zu lösen, setzen wir an den Ursachen an. Dabei gilt: Frühes Vorbeugen ist besser als spätes Heilen. Der weitere Ansatz orientiert sich am Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: Fördern und Fordern. Gleichmaßen muss aber auch konkrete Hilfe geleistet werden. Fehlentwicklungen müssen behoben werden. Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass soziale Dienste nicht erst aktiv werden, wenn die Menschen zu Fällen geworden sind und als Anspruchsberechtigte Dienstleistungen nach den Sozialgesetzen erhalten. Die präventive Arbeit muss wieder deutlich verbessert werden.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung beruflicher Perspektiven für junge Menschen bleibt für die SPD in Gütersloh eine herausragende politische Aufgabe. Gemeinsam mit Industrie, Mittelstand, Handwerk und Gewerkschaften müssen vor Ort gute Bedingungen für Unternehmen und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Neben den privaten Akteuren nehmen auch die Kommunen selbst als Arbeitgeber und große Investoren eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen ein. Ein Abbau des hohen Investitionsbedarfs in die öffentliche Infrastruktur leistet wirksame Impulse für die regionale Wirtschaft.

2. Jugend und Bildung in Gütersloh

2.1. Elementarbildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist die Wertschätzung von und die Fürsorge für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Junge Eltern wollen und müssen oft Familie und Beruf miteinander vereinbaren und brauchen Entlastung bei der Betreuung ihres Nachwuchses durch qualitativ, vor allem personell gut ausgestattete Einrichtungen mit ausreichenden und flexiblen Öffnungszeiten. Kindertageseinrichtungen sind im Rahmen der Elementarpädagogik wichtige Bestandteile der Bildungskette, die für die Lebenschancen der Kinder und für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft entscheidend sind.

Für alle Kinder, für die ein Platz in einer Kindertageseinrichtung nachgefragt wird, muss dieser auch in Zukunft zur Verfügung stehen, sei es im Bereich der Ü3- Betreuung oder der U3-Betreuung.

Daneben sollen auch Plätze in der Kindertagespflege zur Verfügung stehen. Auch in diesem Bereich ist es unser Ziel, ein qualitativ gutes Angebot in Gütersloh zur Verfügung zu stellen. Neben der weiterhin stattfindenden Qualifizierung der Tagesmütter und -väter sollen aber auch regelmäßige Vernetzungsmöglichkeiten eingerichtet werden, sei es zum Zwecke des gegenseitigen Erfahrungsaustausches oder sei es auch zum Zwecke einer gemeinsamen Interessenvertretung der Tagesmütter und -väter. Die Tätigkeit der Tagesmütter und -väter verdient ebenso wie die Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern in Tageseinrichtungen gesellschaftliche Wertschätzung. Sie ist daher mit angemessenen Bedingungen zur Ausführung der Tätigkeit der Tageseltern auszustatten.

Bildung ist für uns ein Grundrecht, von der Geburt bis hin zur Hochschulausbildung. Grundsätzlich sollte Bildung daher kostenfrei sein. Das gilt auch für Kinder im Alter von 0-6 Jahren. Wir wissen allerdings auch, dass dieses Ziel angesichts der Situation kommunaler Haushalte nicht ohne weiteres umsetzbar ist. Beitragsfreiheit alleine ist jedoch nicht das einzige Ziel. Niedrige Beiträge dürfen nicht zu Lasten der Qualität und Ausstattung der Kitas gehen.

Unser Ziel wird es sein, die Elternbeiträge so niedrig wie möglich zu halten. Sobald die Mehrheit dafür vorhanden ist, werden wir die Elternbeitragssatzung mit dem Ziel überarbeiten, die Beiträge zu senken.

Die Entwicklungsprozesse von Kindern verlaufen sehr unterschiedlich. Daher treten wir für eine optimale Betreuung aller Kinder ein. Dies beinhaltet für uns auch und gerade die Inklusion behinderter Kinder. Für alle Kinder ist eine verlässliche und ganzheitlich ausgerichtete Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sicherzustellen.

Wir werden es allen Kindern ermöglichen, an qualitativ guten Mahlzeiten (→ Kapitel 3.4) teilzuhaben. Diese sollen die nachstehend aufgeführten Kriterien erfüllen:

- kindgerecht und lecker
- gesund und ausgewogen
- regional und saisonal
- sowie kostengünstig

Um jedem Kind einen guten Start in das Schulleben zu ermöglichen, muss die Zusammenarbeit und Verknüpfung zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ausgebaut werden.

2.2. Kinder und Jugendarbeit

Neben Kitas und Schulen als Bildungseinrichtungen kommt der Kinder- und Jugendarbeit eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Jugendlichen zu. Wir werden sicherstellen, dass auch in Zukunft flächendeckend in allen Sozialräumen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit bestehen, und fördern ihre Ausweitung.

Vor allem im Sozialraum Spexard nehmen wir das Fehlen eines beständigen Jugendtreffs wahr und setzen uns – insbesondere im Zuge der Planungen der Mansergh Baracks – für ein stetiges Angebot ein.

Ebenso werden wir die mobile Jugendarbeit fortführen und stärken.

Gleichermaßen wichtig ist die Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Sie ist ein wesentliches Angebot zur selbstbestimmten Gestaltung des Zusammenseins mit Gleichaltrigen und deshalb besonders entwicklungsfördernd. Aus diesem Grund sichern wir zu, dass städtische finanzielle Förderung der Kinder- und Jugendverbände keineswegs gekürzt, sondern vielmehr eine Erhöhung angestrebt wird.

Eine gute und inklusive Kinder- und Jugendarbeit ist nicht nur flächendeckend, sondern richtet sich auch an spezifische Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Neben den Angeboten für alle Kinder und Jugendlichen sollten deshalb bestimmte Gruppen auch berücksichtigt werden.

Wir fordern die Schaffung und den Erhalt von Angeboten z. B. für queere junge Leute (LSBTTIQA*), um jungen Menschen einen sicheren Raum für den Austausch über ihre Sexualität zu bieten.

Auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderung müssen die Angebote nutzbar sein und daher künftig stärker inklusiv gestaltet werden.

2.3. Kontakt zu Familien – Kommunale Kinder- und Jugendhilfe

Der finanzielle Aufwand, den Kommunen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung zu tragen haben, ist überall in den letzten Jahren stark gestiegen. Dabei ist zu beachten, dass hinter jedem einzelnen Fall ein individuelles Schicksal steht. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen verschlechtern sich in solchen Fällen die Chancen in ihrer Entwicklung.

Wir werden auch künftig den gesetzlichen Anspruch erfüllen, dass jedem Kind und jeder und jedem Jugendlichen die zielgerichtete und richtige Hilfe zukommt. In diesem Zusammenhang ist es jedoch noch wichtiger, Fehlentwicklungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu vermeiden. In Gütersloh gibt es das soziale Frühwarnsystem, das die SPD vor vielen Jahren initiiert hat und das dann weiterentwickelt worden ist.

Neben z. B. bestehenden Betreuungsangeboten, die den unmittelbaren Kontakt zu den Familien bereits zum Zeitpunkt der Geburt eines Kindes sicherstellen,

wollen wir möglichst viele Kindertagesstätten zu Familienzentren ausbauen.

In diesen Einrichtungen sollen die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und der Familienbildung sowie der Gesundheitsvorsorge zusammengeführt und sozialräumlich vernetzt werden.

Netzwerke von z. B. Weiterbildungseinrichtungen, Kindergärten, Jugendhilfe, Schulen, Betrieben, Kammern, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Verbänden, Hochschulen sind grundlegend für die Qualität der Erziehung und Bildung von Jugendlichen. Wir werden uns für die Schaffung neuer und die Weiterentwicklung solcher bestehender Netzwerke stark machen.

Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, insbesondere an Bildung und Kultur, ermöglicht wird. Im Bildungs- und Teilhabepaket werden die Leistungen für betroffene Kinder und Jugendliche fortgeführt und ausgeweitet. Leider kommt die Information über diese Fördermöglichkeiten längst nicht bei allen Betroffenen an. Das werden wir ändern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, z. B. an Schwimmkursen oder an musikalischer Früherziehung teilzunehmen oder Mitglied z. B. in Sportvereinen zu sein – insb. gilt das, wenn den Eltern die finanziellen Mittel fehlen.

2.4. Kinder- und Familienfreundlichkeit

Wir setzen uns für eine kinderfreundliche Gesellschaft ein. Hierzu bedarf es guter sozialer Infrastrukturangebote in den Kommunen.

Derzeit sind Familien mit Kindern in größerem Umfang Armutsrisiken ausgesetzt. Kinderarmut ist auch ein Thema für die Stadt Gütersloh. Der Ausfall oder die Minderung des Einkommens eines Elternteiles können Familien an die Armutsgrenze führen.

Deswegen müssen Kinder- und Jugendeinrichtungen, wie z. B. die Kitas und Schulen, in sozial benachteiligten Stadtteilen besonders gefördert werden. Dies gilt sowohl für die Sachals auch gerade für die Personalausstattung.

Die auf Antrag der SPD an allen Gütersloher Grundschulen installierte Schulsozialarbeit ist ein erster, bedeutender Schritt in diese Richtung.

Wir wollen die sozialen Frühwarnsysteme fortführen sowie das Gütersloher Bündnis für Erziehung weiterentwickeln und ausbauen. Damit können Risiken im Bereich der Kindererziehung rechtzeitig erkannt sowie ihnen gegengesteuert werden.

Mit der auf Antrag der SPD eingeführten Sozialberichterstattung werden wir aktuelle Aussagen erhalten, wo und in welcher Form Maßnahmen zu ergreifen sind. Wenn sich hieraus ergibt, dass zusätzliche finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen sind, werden wir das tun. Prävention vermeidet viel höhere Folgekosten und – das ist viel wichtiger – sie gibt jungen Menschen zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Chance, einen positiven, zukunftsorientierten Weg einzuschlagen.

2.5. Freizeit- und Aufenthaltsqualität in der Stadt für Kinder und Jugendliche

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben eigene Erwartungen und Ansprüche an die Aufenthaltsqualität in ihrer Stadt. Wir wollen, dass Gütersloh eine attraktive und lebenswerte Stadt für junge Menschen ist.

Wir wollen die Kinderspielplätze in Gütersloh weiterentwickeln. Erhalt und Instandsetzung reichen nicht aus.

Wir brauchen neue Angebote und eine kontinuierliche Modernisierung, bei der auch die Inklusion mitgedacht wird. An den Planungsprozessen von Spielplätzen wollen wir Kinder direkt beteiligen.

Ehrenamtliche Spielplatzpaten übernehmen die Funktion als Ansprechpartnerinnen und -partner für Kinder und Jugendliche auf je einem Spielplatz. Sie schlichten Konflikte, melden Schäden und auch Wünsche und Ideen der Spielplatznutzerinnen und -nutzer. Eine Vereinbarung mit dem Jugendamt und ein regelmäßiges Patentreffen als Austauschbörse sind Voraussetzungen.

Die Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten müssen dabei auf die verschiedenen Altersgruppen ausgerichtet sein. Neben Spielplätzen im traditionellen Sinne sind z. B. Bolzplätze oder auch andere Sportmöglichkeiten (z. B. Parcours-Gelände, Skate-Möglichkeiten, Calisthetics-Anlagen oder eine Boulderhalle) zentral wie auch dezentral zu schaffen, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wie auch bei den Kinderspielplätzen sind Jugendliche an der Planung zu beteiligen.

Gleiches gilt für andere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, sei es in Jugendfreizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen (→ Kapitel 7.1) oder beispielsweise einer weiteren Diskothek. Dabei ist es Aufgabe der Stadt, für privatwirtschaftliche Angebote die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies bedeutet auch stärker als bisher in Konflikten zwischen Anwohnerinnen und Anwohnern und Veranstaltenden aktiv zu werden, um bestehende Angebote nicht zu stark einzuschränken. Besonders jungen Menschen fehlt aktuell in Gütersloh eine Möglichkeit, private Feiern außerhalb des Elternhauses zu veranstalten.

Wir wollen daher auch ein Raumangebot schaffen, welches junge Menschen für private Feiern, etwa Geburtstage, mieten können. Dieses sollte zwingend gut erreichbar sein und zu einem günstigen Preis vermietet werden.

Auch möchten wir erneut prüfen, den Baggersee in Blankenhagen als einen echten Badesees auszubauen und öffentliche Grillplätze in Parks zu schaffen. Gerade junge Menschen brauchen außerdem einen ÖPNV, der auch spät abends noch nutzbar ist (→ Kapitel 4.4).

3. Schule und Bildung in Gütersloh

Gute Bildung ist ein entscheidender Baustein für Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe, sozialen Zusammenhalt und für die persönliche Zukunft. Gute Bildungspolitik ist zugleich präventive Sozial-, Wirtschafts- und Integrationspolitik. Und gute Bildung ist ein Grundpfeiler für eine gestärkte, lebendige Demokratie und die Zukunft unserer kommunalen Gesellschaft. In den kommenden Jahren wird die Bedeutung von Bildung weiter ansteigen, sowohl unter dem Gesichtspunkt „Familiengerechte Kommune“ als auch als Standortfaktor hinsichtlich der Attraktivität für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen.

3.1. Schulangebot

Das Schulangebot in Gütersloh ist über Jahrzehnte gewachsen. Eltern und Schülerinnen und Schüler haben in Gütersloh vielfältige Möglichkeiten, die Schulform zu wählen, bei der sich aus ihrer Sicht die besten Fördermöglichkeiten und Chancen mit Blick auf einen angestrebten Abschluss ergeben. Das Schulsystem ist jedoch in einem Wandel begriffen, der sich bereits auf Gütersloh ausgewirkt hat und noch weiter auswirken wird.

Angebot in der Primarstufe

Haben wir 2014 noch Antworten auf rückläufige Schülerzahlen suchen müssen, wird inzwischen deutlich, dass die Schülerzahlen in absehbarer Zeit weiter steigen werden. Wir setzen uns für ein ausreichendes Grundschulangebot in allen Ortsteilen ein. Dabei soll keine Grundschule mehr als drei parallele Klassen einrichten und gleichzeitig für die Schülerinnen und Schüler der Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ gewahrt bleiben. Wichtig ist uns, dass die Klassengrößen auf einem über alle Schulen vergleichbaren Niveau gehalten werden können.

Angebot in der Sekundarstufe

Die Schulstruktur in der Sekundarstufe hat sich in den letzten Jahren in Gütersloh stark verändert. Es sind mit der Gründung der dritten Gesamtschule und dem Auslaufen der Hauptschulen sowie der Freiherr-vom-Stein-Realschule grundlegende Weichen neu gestellt worden. Es gilt nun, das Zusammenspiel der Schulen in der Sekundarstufe neu auszurichten. Dabei sind Profilbildungen der Schulen einerseits sowie eine entsprechende verkehrliche Erreichbarkeit andererseits, von großer Bedeutung. Auch zukünftig ist unser Ziel bei weiteren möglichen Veränderungen, gemeinsam mit den betroffenen Schulen, also Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und Eltern passgenaue Lösungen zu entwickeln, die einerseits dem veränderten Schulwahlverhalten entsprechen andererseits aber auch Erfahrungen der in Gütersloh außerordentlich gut funktionierenden Gesamtschulen sowie Erkenntnisse der Erziehungswissenschaft aufgreifen. Dabei spielt weiterhin der Wunsch nach Schulformen des „längeren gemeinsamen Lernens“ eine wichtige Rolle.

Mittelfristig sollen alle Schulen der Sekundarstufe I in die Oberstufe und damit zum Abitur führen.

Entweder direkt durch eine gymnasiale Oberstufe oder durch verbindliche, fest verankerte Kooperationen mit Oberstufen anderer Schulen. Die Oberstufen an den Gymnasien und den Gesamtschulen sind stark ausgelastet. Hier gilt es, Lösungen zu finden, zeitnah in jeder Himmelsrichtung eine Möglichkeit zur Erlangung des Abiturs anbieten zu können.

Die schulische Versorgung zugewanderter Kinder und Jugendlicher in Gütersloh muss schulformübergreifend räumlich und personell sichergestellt werden. Dabei gilt es auch, beim Land NRW wiederholt entsprechende benötigte Ressourcen einzufordern, um eine bestmögliche Integration erzielen zu können (→ Kapitel 6.9).

Angebote an Förderschulen und Berufsschulen

Die Förder- und Berufsschulen befinden sich in Trägerschaft des Kreises Gütersloh. Hier gilt es die enge Kooperation sowohl in Fragen der inklusiven Bildung (→ Kapitel 3.8) als auch beim Übergang in Berufsbildungsgänge fortzusetzen.

3.2. Ganztagsschule

Wir haben erreicht, dass alle Grundschulen zu offenen Ganztagsschulen (OGS) ausgebaut wurden. Die Anmeldezahlen im Ganztagsbereich geben dieser Entscheidung Recht. Dies ist in unseren Augen jedoch nur ein Zwischenziel. Wir streben an, dass alle Schulen der Primar- und Sekundarstufe zu gebundenen Ganztagsschulen ausgebaut werden.

Primarstufe

Räumlich stoßen aufgrund der hohen Anmeldezahlen die Grundschulen an ihre Grenzen (bzw. sind aus inhaltlicher Überzeugung des Schulkonzepts schon deutlich darüber hinausgegangen). In den kommenden Jahren sind massive Investitionen in den Ganztagsbereichen der Grundschulen notwendig, zu denen wir uns ausdrücklich bekennen. Nach Erhebung des Bedarfs in der so genannten „Phase Null“ soll ein Zeitplan erstellt werden, wie in den nächsten Jahren diese Investitionen gerecht auf die Schulen verteilt werden.

Mittelfristig ist dann bei einer (nahezu) 100%-Quote der Schülerinnen und Schüler im Ganztags ein Umbau der Grundschulen zu gebundenen Ganztagsschulen unser Ziel. Aufgrund komplexer Genehmigungsverfahren ist dieser derzeit schwierig umzusetzen, es sollen jedoch weiterhin schrittweise organisatorische Wege beschritten werden, damit die Schulen, die sich in diese Richtung begeben, die Vorteile eines zumindest teilweise gebundenen Ganztags nutzen können.

Ein solcher Weg ist der seit einigen Jahren in Gütersloh praktizierte Weg der verstärkten Einführung von Ganztagsklassen.

So können bereits Teilgruppen von Schülerinnen und Schüler weitere Vorteile des Ganztags nutzen.

Beispiel: Rhythmisierete Ganztagsgrundschule¹

In dieser „idealen Ganztagsgrundschule“ (vbw 2013, S. 20) kann bereits durch eine Durchmischung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten eine neue Rhythmisierung geschaffen werden und so Lernphasen mit Phasen von Bewegungs- und Freizeitangeboten kombiniert werden. Zur organisatorischen Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen, z. B. dass nicht-unterrichtliche Angebote auch schon im Vormittag stattfinden können, ist ein enger Dialog mit den Trägern des Ganztagsbetriebs sowie den außerunterrichtlichen Partnern aus Vereinen und Musikschulen notwendig.

Sekundarstufe

Nachdem die Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen häufig bereits ein Ganztagsangebot wahrnehmen konnten, findet durch den Übergang in die weiterführenden Schulen z. T. ein Bruch statt, da nicht alle Schulen der Sekundarstufe I im Ganztagsschulbetrieb arbeiten.

Unser Ziel ist hier, schnellstmöglich alle Schulen der Sekundarstufe zu Ganztagschulen auszubauen.

Aufgrund der Stundentafel arbeiten faktisch auch „Halbtagschulen“ durch zahlreiche Unterrichtsstunden am Nachmittag im Ganztagsbetrieb. Hier sollen durch die Umwandlung Vorteile geschaffen werden, so dass vom Land ein Stellenzuschlag gewährt werden kann. Auch bei den weiterführenden Schulen wollen wir die bisher gemachten positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der offenen Ganztagsgrundschule nutzen und das Zusammenspiel der Fachkräfte aus diesen Bereichen mit den Lehrkräften auf Augenhöhe für Ganztagsangebote stärken. Eine Finanzierung dieser zusätzlichen Angebote außerschulischer Partner kann durch die erhaltenen Finanzmittel vom Land stattfinden.

¹ vgl. vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.) (2013): Zwischenbilanz Ganztagsgrundschulen. Betreuung oder Rhythmisierung? Gutachten des Aktionsrates Bildung. Münster: Waxmann (hier: S. 18)

3.3. Digitalisierung an Gütersloher Schulen

Die Arbeit mit digitalen Endgeräten an Schulen ist ein hervorragendes Instrument für Chancengleichheit und Teilhabe für alle Schülerinnen und Schüler. In den letzten Jahren ist unsere langjährige Forderung nach einem IT-Ausbau an den Gütersloher Schulen endlich umgesetzt worden. Hier sollen auch in den kommenden Jahren hohe Investitionen in die Ausstattung der Gütersloher Schulen fließen. Entscheidend ist in unseren Augen die Ausstattung der Schulen mit einer notwendigen Infrastruktur (Glasfaseranschlüsse, WLAN-Ausleuchtung, Präsentationstechnik). Seitens der Stadt bzw. eines externen Dienstleisters (ggf. eines eigenen städtischen Tochterunternehmens) muss entsprechend des von den Schulen gemeldeten Bedarfs die Anschaffung der benötigten Geräte sowie der benötigte Support zur Verfügung gestellt werden. Zentral ist dabei eine mittelfristige kommunale Investitionsplanung für mehrere Haushaltsjahre, die für die Schulen Planungssicherheit in den Ausbauperspektiven gewährleistet.

Die Endgeräteausstattung soll entlang der Wünsche der Schulen gestaltet werden. So wurde bereits ein Konzept zur Ausstattung aller Schulen mit Tablet-Koffern für die Jahrgänge 1-6 beschlossen, an die sich eine 1:1-Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets anschließt. Dabei ist wichtig, dass die Wünsche aus Schulen und Elternschaft bzgl. der Endgeräteausstattung dynamisch in das beschlossene Konzept einfließen. Bei der Anschaffung der Endgeräte soll weitgehend eine Eigenfinanzierung durch die Schülerinnen und Schüler bzw. die Eltern erfolgen. Grundsätzlich gilt dabei jedoch, dass niemand aus finanziellen Gründen von der digitalen Teilhabe hier ausgeschlossen werden darf. Wichtig ist, dass neben dem mitbeschlossenen Sozialkonzept (bei Familien, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeldgesetz NRW oder Kinderzuschlag erhalten, wird das Endgerät durch die Stadt Gütersloh oder eine übergeordnete Stelle finanziert) darüber hinausgehend bei Familien, die sich aus anderen Gründen die Ausstattung nicht leisten können – etwa über eine Solidarumlage – eine (Mit-)Finanzierung der Endgeräte erfolgt.

Gesetzliche Regelungen durch das Land NRW (z. B. die Einordnung von digitalen Endgeräten in die Lernmittelfreiheit, Übernahme der Kosten für die digitale Lernmittelfreiheit durch das Land, und damit eine vollständige Entlastung der Familien) sind beim Land NRW genauso wiederholt einzufordern wie eine angemessene Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer. Auch ein möglicher Einsatz von eigenen Geräten der Schülerinnen und Schüler („Bring your own device“) oder andere individuelle Lösungen – auch zur Reduzierung der Kosten für die Eltern – sind etwa ab der Oberstufe denkbar.

Unsere Ziele sind somit:

- **das Bereitstellen einer Infrastruktur durch die Stadt**
- **das Bereitstellen von Endgeräten (Tablet-Koffer) für die Jahrgänge 1-6 durch die Stadt**
- **Support und Koordination der Anschaffungen durch die Stadt oder einen externen Dienstleister**
- **1:1-Ausstattung der Schülerinnen und Schüler entlang schulinterner Konzepte der Schulen der Sekundarstufe ab Klasse 7, jedoch nach stadtweiten Standards**
- **Ermöglichung von „Bring your own device“ ab der Oberstufe**

3.4. Schule ist mehr als Unterricht

Schulen sind mehr als nur Orte des Lernens. Schülerinnen und Schüler verbringen einen Großteil ihres Lebens in der Schule. Dies soll sich auch in den ergänzenden und nicht-unterrichtlichen Angeboten widerspiegeln.

Schulsozialarbeit

Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit in vielen Bereichen von schulischen Abläufen wichtige Beiträge leisten kann. Sie hilft dabei, gute Ganztagschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen, die Übergänge von der Kita in die Grundschule und von der Grund- in die weiterführende Schule zu verbessern und auch Hilfestellungen bei der Integration² von Kindern (z. B. mit Migrationshintergrund) und der Elternarbeit zu bieten – um nur einige Beispiele zu nennen.

² Wir sind uns bewusst, dass im Zuge der Debatte über eine inklusive Gesellschaft die Begriffe Integration und Inklusion mit bestimmten Bedeutungen versehen sind. Wir verwenden an dieser Stelle den Begriff Integration, um darzustellen, dass hier der

Auf unsere Initiative wurde ein Konzept zum Ausbau der Schulsozialarbeit und eine entsprechende Koordinierung in der Verwaltung geschaffen. Unser Ziel ist, diesen Ausbau weiter entsprechend der Bedarfe an den Schulen voranzutreiben. Hierbei sollen einheitliche Standards für alle Gütersloher Schulen gelten, aber auch besondere Herausforderungen an einzelnen Schulstandorten mit berücksichtigt werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, die vorhandenen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in ihrer Arbeit maximal zu unterstützen und ihnen in den Schulen benötigte Infrastrukturen (Büros, Besprechungsräume, Computer) zur Verfügung zu stellen.

Schulbibliotheken

Die Stadtbibliothek Gütersloh und insbesondere die Schulbibliotheken an den Gütersloher Schulen sind ein Herzstück und die Grundlage zur Teilhabe an gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung. In den Schulbibliotheken wird durch Haupt- und Ehrenamtliche hervorragende Arbeit geleistet. Als Lernort auch außerhalb des Unterrichts sind die Schulbibliotheken gerade im Zuge eines verstärkten Ganztagsbetriebs unverzichtbar. Auch weil hier soziale und ethnische Integration (vor-)gelebt wird. Wie setzen uns weiterhin deutlich gegen jedwede Kürzung bei den Schulbibliotheken ein. Im Gegenteil:

Mindestens alle im System der Schulbibliotheken befindlichen Ressourcen sollen, unabhängig von der Schulstruktur und der weiteren Schulentwicklungsplanung, darin erhalten bleiben.

Mittagessen

Kindern muss Raum und Zeit für Bewegung und eine gesunde Ernährung beim gemeinsamen Mittagessen geboten werden (→ Kapitel 2.1). Wir wollen, dass kein Kind in den Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen, qualitativ hochwertigen, kindgerechten und ausgewogenen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten ausgeschlossen wird.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass für alle betroffenen Schulen (und auch Kindertageseinrichtungen) ein Konzept entwickelt wird, in dem u. a. eine Preisdeckelung für die Schülerinnen und Schüler enthalten ist.

Die Schule übernimmt zu einem gewissen Teil eine Aufgabe in der Ernährungserziehung hin zu einem gesunden und bewussten Essverhalten. Das Mittagessen kann dabei für pädagogische Gruppenprozesse eine wichtige Rolle übernehmen. Die Versorgung soll sowohl hinsichtlich der Erzeugung wie auch der Zubereitung über regionale Anbieter erfolgen.

Übergangskoaches und Jugendberufshilfe

Die SPD wird ihren eingeschlagenen Weg in diesem Bereich fortsetzen und dafür eintreten,

dass die Zahl der Übergangskoaches im aktuellen Umfang erhalten bleibt und möglichst sogar alle Schulen der Sekundarstufe Übergangskoaches erhalten,

die den Übergang von der Schule in den Beruf managen. Dazu soll ein Konzept entwickelt werden, welche Rolle möglichst mehrsprachige Informationshelfer für Eltern spielen können.

3.5. Nicht-pädagogisches Personal in der Schulgemeinschaft

Ein wichtiger Bestandteil für das Funktionieren einer Schulgemeinschaft ist das nicht-pädagogische Personal. Dazu zählen wir u. a. die Hausmeisterinnen und Hausmeister, die Sekretärinnen und Sekretäre, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der IT-Betreuung, aber auch die Reinigungskräfte. Hier wurden an einigen Stellen in den letzten Jahren Verbesserungen vorgenommen. Dennoch reichen an vielen dieser Positionen die Kapazitäten mit geänderten und gestiegenen Aufgaben nicht mehr aus. Vielmehr haben sich die Arbeitsbedingungen vor Ort verschlechtert und die Überstundenzahlen sind deutlich gestiegen. Springerstellen bei etwa den Hausmeisterinnen und Hausmeistern sind entgegen der Beschlusslage nicht eingerichtet worden. Auch für die Schulen ist die Situation oft nicht zufriedenstellend.

Prozess des (Re-)Integrierens von Kindern gemeint ist, die durch verschiedene Gründe von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wären.

Vergleichbar ist die Situation bei den Schulsekretärinnen und -sekretären. Durch den Ganztagsbetrieb wurden die „Betriebszeiten“ der Schulen ausgeweitet, die Kapazitäten in den Sekretariaten wurde angepasst, jedoch bei weitem nicht ausreichend. Gerade morgens zu Schulbeginn und nachmittags zu Schulschluss ist die Besetzung des Sekretariats wichtig. Leider kann dies nicht gewährleistet werden. Hier gilt es,

die Situation für die Schulen und die Sekretärinnen und Sekretäre zu verbessern.

Die Einrichtung von Springerstellen bei den Sekretärinnen und Sekretären ist bislang noch nicht mitbedacht worden. Dies ist in unseren Augen dringend nötig.

Durch Konsolidierungsmaßnahmen wurde 2009 die Reinigung der Gütersloher Schulen verstärkt an externe Firmen vergeben. Nicht an allen Schulen ist der Standard gehalten worden. Die Arbeitsbedingungen sind deutlich schlechter geworden. So verbleibt i. d. R. zu wenig Zeit für eine intensive und gründliche Reinigung, wie es vor 2009 üblich war. Nachbesserungen in den letzten Jahren haben nicht den gewünschten Effekt gehabt. Deshalb gilt auch hier, dass entsprechend unseres Antrags vom Dezember 2019

die Maßnahmen von 2009 evaluiert und die Fehlentwicklungen identifiziert werden und entsprechend gegengesteuert wird. Unser Ziel ist es hier, weitgehend wieder zurück zur städtischen Reinigung zu kommen.

Einzig bei den Schulen, die eine hohe Zufriedenheit mit den dort tätigen externen Firmen rückmelden, soll es auch dabei bleiben.

3.6. Finanzen im Schulbereich – Investitionen in Schulbauten

Die SPD in Gütersloh betont, dass die Gütersloher Schulgebäude i. d. R. von hoher Qualität sind. Diese muss erhalten bleiben. Ein Schritt dabei sind deutlich häufigere „Schönheitskorrekturen“ wie das Streichen von Fluren. Es gibt darüber hinaus jedoch an den Schulstandorten offene Problembereiche, die nur durch größere bauliche Maßnahmen gelöst werden können. Insbesondere beim besonderen Raumbedarf (Aula, Oberstufenräume, Mensa, Beratungsräume etc.) sind Investitionen in den kommenden Jahren einzuplanen und bedarfsgerecht an den Gütersloher Schulen durchzuführen. Auch was die regelmäßige Ausstattung der Schulen betrifft, setzen wir uns für ausreichend hohe Schulbudgets ein.

Sowohl bei den Investitionen in Schulbauten als auch bei den Budgets für Schulausstattung werden wir – wie bisher auch – darauf achten, dass einheitliche Standards für alle Gütersloher Schulen gelten.

Es soll – parallel zur Diskussion auf Landesebene – geprüft werden, ob über die Errichtung eines Sozialindex für Schulen eine andere Verteilung von Ressourcen an die Schulen möglich ist, um die Mittel noch gezielter einsetzen zu können. Dabei ist gleichzeitig ein ausreichender Sockelbetrag für alle Schulen zu berücksichtigen.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu den Neu- und Umbaumaßnahmen an der 3. Gesamtschule, die in enger Zusammenarbeit mit der Schulgemeinde und allen im pädagogischen Konzept der Schule begründeten Notwendigkeiten fortgeführt werden sollen.

Die Fehler bei der drastischen Kostensteigerung zwischen Machbarkeitsstudie und den Kostenkalkulationen von November 2019 müssen analysiert werden. Es werden entsprechende Maßnahmen ergriffen, dass die Fehler im Planungsprozess zukünftig nicht erneut vorkommen.

3.7. Demokratischer/politischer Bildungsauftrag von Schulen

Der Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist eine zentrale politische Herausforderung, die in den vergangenen Jahren leider wieder zunehmende Bedeutung bekommen hat. Der grundlegende Konsens unserer Gesellschaft, die unantastbare Würde eines jeden Menschen, ungeachtet seiner nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, wird wieder immer offener und offensiver in Frage gestellt. Die Vermittlung und Verfestigung demokratischer und menschenreichlicher Grundprinzipien, vor allem aber der Abbau von Ressentiments und Vorurteilen erfordert verstärkte (politische) Anstrengungen in allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Institution Schule sehen wir bei dieser Herausforderung als einen ganz zentralen Bereich. Unsere Schulen sollen Orte des demokratischen Lernens, der Weltoffenheit und Toleranz sein und so zu einer offenen und toleranten Stadtgesellschaft beitragen. Diesen Auftrag sehen wir für alle Schulformen gleichermaßen - von der Grundschule bis zum Gymnasium.

Wir fordern einen umfassenden Ansatz für alle Gütersloher Schulen, der mit Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Schulleitungen, Schulsozialarbeit, aber auch mit Akteuren der Jugendhilfe und zivilgesellschaftlichen Gruppen und Engagierten erarbeitet wird.

Schulen für Demokratie

Der demokratische Bildungsauftrag in der Schule muss auch in den Lehrplänen wieder stärker verankert werden. Politische Bildung muss eine größere Rolle im Unterricht einnehmen. Eine stärkere Kooperation und inhaltliche Auseinandersetzung auch mit Themenkomplexen der Kommunalpolitik ist wünschenswert, um Politik vor Ort kennenzulernen. Die SPD und ihre Jugendorganisation, die Jusos, sind jederzeit bereit zum Dialog.

Aber jede Schule kann demokratische Bildung auch ganz konkret im Schulleben erlebbar machen. Schüler*innenvertretungen (SV) sind ein vielsprechender Lernort für demokratische Partizipation im Schulalltag.

Die SV-Arbeit sollte an allen Schulen gestärkt und vertieft werden. Den Schüler*innenvertretungen könnte ein Teil des Schulbudgets zur Verfügung gestellt werden. Die Mitwirkung in Schul- und Fachkonferenzen darf nicht nur eine lästige Pflicht werden. Dafür muss SV-Arbeit auch institutionell unterstützt werden.

Ein weiterer Baustein für das Erleben von Demokratie ist das Gütersloher Jugendparlament (JuPa). Durch die direkte Wahl der Mitglieder des Jugendparlaments (JuPis) an allen Gütersloher Schulen ist das JuPa ein Gremium, das durch seine demokratische Legitimation, die große Bandbreite und die gute institutionelle Ausstattung ein großes Potenzial für politische und demokratische Bildung bietet. Durch die beratende Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss und Bildungsausschuss ist das JuPa auch an konkreten Entscheidungsprozessen in der Kommunalpolitik beteiligt. Den Konflikt zwischen der notwendigen Volljährigkeit im JHA und der Altersgrenze im Jugendparlament (18 Jahre) gilt es dabei zu lösen.

Die Beteiligung des JuPa in Gremien muss jedoch stärker vorbereitet und begleitet werden, um den Mitgliedern des Jugendparlaments die Mit-Entscheidung über Beschlüsse zu ermöglichen.

Schulen gegen Vorurteile

Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil ihrer Zeit in der Schule. Es ist daher eine drängende Aufgabe, die Schulen für alle Schülerinnen und Schüler als angenehmen Lern- und Aufenthaltsort positiv zu gestalten. Mobbing, Vorurteile, zum Teil auch Gewalt und Anfeindungen dürfen weder im Klassenraum noch auf dem Schulhof toleriert werden.

Das Stichwort „Sexuelle Vielfalt“ ist hier ein ebenso wichtiger Ansatzpunkt wie der Abbau von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Herkunft oder des sozialen Hintergrunds. Hier sind auch und vor allem Lehrkräfte stärker gefordert und sollten sensibilisiert werden. Der **Girls-und Boys-Day** ist hier ein gutes Angebot, um Geschlechterklischees (im Berufsleben) schon im jungen Alter entgegenzutreten und Jungen sowie Mädchen zu stärken, weshalb dieser Tag an allen Schulen verpflichtend durchgeführt und im Unterricht nachbereitet werden soll.

Schule gegen Rechts

Im Kampf gegen nationalistische, rassistische und menschenverachtende Einstellungen gehen einige Schulen schon voran und haben sich in den vergangenen Jahren dem Netzwerk „*Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage*“ angeschlossen. **Diesen Weg sollten auch weitere Schulen gehen.**

Auch der internationale und europäische Austausch trägt zu mehr Toleranz und einem Abbau von Vorurteilen bei. Es ist daher erfreulich, dass immer mehr Schulen in Gütersloh „**Europaschulen**“ werden und zugleich Schüleraustausche ausbauen. Wichtig ist jedoch zu gewährleisten, dass alle Schülerinnen und Schüler an solchen Angeboten auch teilnehmen können.

Die Erinnerungsarbeit an die Verbrechen des Nationalsozialismus sollte an allen Schulen ausgebaut werden und für die jeweilige Schülerschaft angepasst werden.

Gedenkstättenfahrten, Projekttag, aber auch die Beschäftigung mit der Gütersloher Stadtgeschichte sind hier gute Ansätze, die die Stadt als Schulträger unterstützen sollte.

Nachhaltige Schulen

Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz fangen auch in der Schule an. Die Vermittlung von Kompetenzen sowie das praktische Erleben von Umweltschutz im Schulalltag sollten auch durch konkrete Projekte gefördert werden. Einige Schulen haben sich unter Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern bereits auf den Weg gemacht und Nachhaltigkeitsprogramme erarbeitet. Maßnahmen wie vegane und vegetarische Alternativen in der Schulkantine, Büchertauschschränke, Schulgärten oder Umwelt-AGs stärken das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und darüber hinaus die Identifikation mit der Schule.

3.8. Inklusion in der Schule

Ein inklusives Schulsystem ist ein entscheidender erster Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft. Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung auch für Deutschland verbindlich. Kinder mit Behinderung haben demnach ein Recht auf inklusive Bildung. Die Kinder und Jugendlichen, die Lehrkräfte und die Schulgemeinde als Ganzes sollen gemeinsam von der Inklusion profitieren. Inklusion ist die zentrale Herausforderung, vor der die Schulen in Gütersloh stehen. Inklusion bedeutet eine Veränderung des Blickwinkels: Der Blick wird auf die Vielfalt und die Potenziale der Kinder und Jugendlichen gelegt und löst die Tradition im deutschen Schulwesen ab, vor allem auf die Defizite zu schauen. Der Umbau hin zur Inklusion ist aber ein dynamischer Prozess und nicht in allen Einzelheiten vorhersehbar.

Unser Ziel ist es, die landespolitischen Vorgaben vor Ort konstruktiv umzusetzen und an Problemstellen Hilfestellungen geben zu können. Dies gilt insbesondere bei einer Diskussion über eventuellen den Fortbestand einzelner Förderschulen. Dabei soll das Know-How des Kommunalen Kompetenzzentrums für sonderpädagogische Förderung Gütersloh (KOKO.G) bestmöglich dauerhaft genutzt werden. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang weiter für den

Auf- bzw. Ausbau der festverorteten, schulstandortgebundenen und personellen Unterstützung zur Optimierung der schulischen Inklusion

ein. Dies umfasst die Einhaltung des vorgeschriebenen Schlüssels von sonderpädagogischem Personal sowie von Integrationshelferinnen und -helfern an allen Schulstandorten. Als ein Aspekt unter vielen muss dabei Barrierefreiheit in weitesten Sinne auch ein durchgehendes Element des Erziehungs- und Bildungswesens sein. Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Regeleinrichtungen des Bildungswesens für Kinder und Jugendliche müssen feste Kriterien beim Bau und Umbau von Einrichtungen sein.

3.9. Beteiligung in der Bildungspolitik

Wir haben in der letzten Wahlperiode auf unsere Initiative hin erreicht, dass die Schulen, die Stadtschulpflegschaft und das Jugendparlament mit beratenden Stimmen im Bildungsausschuss an der Ausgestaltung der Gütersloher Bildungspolitik aktiv teilnehmen können. Diese positive Zusammenarbeit möchten wir auch weiterhin fortsetzen. Eine dialogorientierte Schulpolitik zwischen der Verwaltung, der Politik und vor allem den Betroffenen in den Schulgemeinden ist zwingend erforderlich.

Wir möchten für die langfristig zentralen Themen der Schulpolitik (Ganztag, Digitalisierung, Schulbauten, Schulstruktur, etc.) auch weiterhin mit allen Fachleuten gemeinsam erarbeiten zu bestmöglichen, innovativen und zukunftssicheren Lösungen kommen. So soll es in der kommenden Wahlperiode zu einer Neuauflage des Gütersloher Bildungsgipfels kommen.

Beispiel: Gütersloher Bildungsgipfel 2011

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde 2011 der erste Gütersloher Bildungsgipfel durchgeführt. Dort wurden nach einem Input-Referat eines externen Referenten, hier: Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung der TU Dortmund, in einem „Gallery-Walk“ durch eine bunte Mischung von Akteuren an den Gütersloher Bildungsinstitutionen, aber auch von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, zentrale Themenfelder der Gütersloher Schulpolitik diskutiert. Dies soll – evtl. auch konkreter anhand einzelner Probleme und dadurch in etwas weniger aufwändigem Rahmen – als Instrument der Gütersloher Bildungspolitik etabliert werden.

4. Wohnen und Leben in Gütersloh

4.1. Öffentlicher Raum/Stadtbild

Die Attraktivität unserer Stadt, ein ansprechendes Gütersloher Stadtbild, der öffentliche Raum und die Förderung der einzelnen Gütersloher Stadtteile sind wichtige Anliegen für uns.

Besonders wichtig ist uns die Neugestaltung unseres Bahnhofsvorplatzes als das zentrale Gütersloher Eintrittsportal. Er soll sich mittelfristig zum attraktiven Ausgangspunkt für die Erschließung der Gütersloher Innenstadt (Kolbeplatz und Berliner Straße) und das neu erstehende Wellerdiek-Viertel entwickeln.

Wir setzen uns in diesem Zusammenhang für eine Planung und Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes ein, die das gesamte Umfeld zwischen dem derzeitigen ZOB und dem heutigen Postgelände umfasst, um hier eine ansprechende und zukunftsfähige Schnittstelle zwischen Hauptbahnhof, dem öffentlichen Personennahverkehr sowie Fahrradfahrenden und Fußgängerinnen und Fußgängern zu schaffen.

Die Vernetzung zwischen ÖPNV und Fahrrad wird unserer Meinung nach aber nur gelingen, wenn ausreichend Fahrradstellplätze geschaffen werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für ein großes Fahrradparkhaus, integriert in den neuen Bahnhofsvorplatz, ein.

Die Aufwertung der Gütersloher Plätze und ihre Vernetzung durch ansprechende Fußgängerpassagen ist für uns ein Dauerthema. So setzen wir uns für die Ansiedlung eines Cafés auf dem Berliner Platz als zentralem Platz der Gütersloher Innenstadt ein und möchten die Martin-Luther-Kirche mit in den Berliner Platz integriert wissen.

Unser stetiges Anliegen bleibt die Erhöhung der Attraktivität der Gütersloher Innenstadt. Sie soll ein Ort der Begegnung und der Lebensfreude für Menschen jeden Alters sein. Dazu gehört auch die Ansiedlung von attraktiven Einzelhandelsgeschäften, einem Lebensmittelmarkt, gastronomischen Betrieben und Dienstleistern in der Innenstadt, die sich auch und gerade auf die Bedürfnisse der Älteren einstellen. Aber auch Partyräume für junge Menschen, Grillstationen in Parks und attraktive Jugendzentren sind notwendig (→ Kapitel 2.5).

Auch in unserer Stadt wird zunehmend mehr Rad gefahren. Wir wünschen uns aus diesem Grund weitere Fahrradstellplätze, an denen auch E-Bikes/Pedelecs sicher abgestellt werden können, verbunden mit Aufbewahrungsboxen für Fahrradhelm und Rucksack (→ Kapitel 4.4).

Die Bepflanzung des öffentlichen Raums, Fassadenbegrünung und urban gardening können neben einer Aufwertung des Gütersloher Stadtbildes auch einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas leisten.

In der Innenstadt dürfen nicht nur Neubauten mit hohen Preisen entstehen, Die gut erhaltene Altbausubstanz muss aufgewertet und starker für ältere Menschen, Single-Haushalte und Familien nutzbar gemacht werden. Dabei ist es für uns sehr wichtig, Alt und Jung mit Familien zusammenzuführen und verschiedene Generationen in einem gemeinsamen Wohnumfeld siedeln zu lassen.

Die Innenstadt muss für alle Einkommenschichten bewohnbar bleiben.

Dazu gehören entsprechende Neubauwohnungen wie auch die vorsichtige Sanierung von Altbauten, damit ältere Menschen auch im höheren Alter selbstbestimmt in ihrer bekannten Umgebung wohnen bleiben können.

Die Gütersloher SPD richtet ihren Fokus aber nicht nur auf die Innenstadt,

auch die Identität der Ortsteile muss gewahrt und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Dazu gehören attraktiv gestaltete Ortskerne, um so die eigenständige Identität der Gütersloher Ortsteile zu fördern und zu bewahren. Stadtteilentwicklung begreifen wir als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe, sie muss mit den unterschiedlichen Akteuren vor Ort vernetzt werden (Verbände, Vereine, Interessengemeinschaften etc.). Eine gelungene „Stadtteilentwicklung“ führt dazu, dass alle Generationen gleichermaßen am Leben teilnehmen können.

4.2. Arbeitsplätze

Die Gütersloher Sozialdemokraten wollen gemeinsam mit Industrie, Mittelstand, Handwerk und Gewerkschaften vor Ort gute Bedingungen für Unternehmen und nachhaltige Arbeitsplätze erhalten und schaffen. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleiben die Schaffung und Sicherung von guten Arbeitsplätzen und die Entwicklung von beruflichen Perspektiven gerade für junge Menschen herausragende politische Aufgaben. Gütersloh als Fachhochschulstandort bietet dazu Potenzial, das es langfristig zu nutzen und zu fördern gilt.

Wirtschaftsförderung beschränkt sich für uns aber nicht nur auf den Dialog – sie ist für uns eng verbunden mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mit einer guten Aus- und Schulbildung. Hier sind wir auf gutem Weg, aber noch lange nicht am Ziel.

Sozialdemokratische Wirtschaftsförderung setzt dabei vor allem auf kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründungen.

So wollen wir ideale Bedingungen für Startups, beispielsweise auf dem Gelände der Mansbergh-Barracks, schaffen.

Gewerbeflächen sind für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Gütersloh von essenzieller Bedeutung. Diese Flächen geben expandierenden und neuen Firmen die Möglichkeit sich am Standort Gütersloh zu entwickeln und so Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt zu sichern. Eine intelligente Weiterentwicklung von Gewerbeflächen mit Augenmaß, wenn möglich auf freiwerdenden Flächen (z. B. der B + R Gelände an der B61), ist für uns von zentraler Bedeutung.

Zwingende Voraussetzung dafür ist auch der zügige Aus- und Aufbau eines zukunftsorientierten, flächendeckenden Breitbandnetzes durch die Stadtwerke Gütersloh für jedermann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen in einer starken Kommunalwirtschaft keine Konkurrenz der Unternehmen vor Ort, vielmehr ist sie für uns Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik vor Ort. Die kommunalen Betriebe sind große Arbeitgeber und stellen gute Ausbildungsplätze für viele junge Menschen zur Verfügung.

4.3. Konversion

Seit fast zehn Jahren steht fest, dass die britischen Soldatinnen und Soldaten Gütersloh verlassen. Der Standort am Flughafen wurde 2016 geräumt, die Kaserne an der Verler Straße Jahr 2019. Auch die ca. 1.000 Wohnungen sind inzwischen alle freigezogen. Die Wohnungen, die in Privatbesitz waren, sind im Wesentlichen wieder vermietet, einige werden von der Stadt als Flüchtlingsunterkünfte genutzt. Von den 300 Wohnungen im Bundesbesitz soll die Mehrzahl von der BImA vermietet werden, für die Einfamilienhäuser ist ein Verkauf für eine Selbstnutzung in Abstimmung mit der Stadt geplant.

Die Kaserne an der Verler Straße ist ein möglicher Standort für die Gütersloher Studiengänge der FH Bielefeld. Dort können 1.000 Wohnungen, und vielleicht auch mehr, im Geschosswohnungsbau entstehen, aber keine Einfamilienhäuser. Wir brauchen dort auch bezahlbare Wohnungen, ein Drittel sollen öffentlich geförderte Sozialwohnungen sein (Miete ca. 6 bis 6,50 Euro/m²). Eine autoarme Verkehrserschließung ist zu prüfen und das Wohnquartier soll offen zur Dalke geplant werden. Eine neue Brücke für den Fuß- und Radverkehr ist sinnvoll, vielleicht auch eine zweite Erschließung.

Der Flugplatz bietet Platz für Natur- und Gewerbeflächen. Die Gewerbeflächen werden schrittweise nördlich und südlich der Marienfelder Straße entwickelt, hauptsächlich für Industrie („GI-Flächen“), am Rande auch Gewerbeflächen mit Einschränkung zum Schutz der Nachbarschaft. Eine Nachnutzung vorhandener Gebäude durch die zukünftige Industrie ist wünschenswert. Für die heutigen grünen Flächen gilt, dass große Teile davon als Nationales Naturerbe (NNE) im Bundesbesitz bleiben, in Teilen ist auch eine mit dem Naturschutz verträgliche Naherholung möglich. Eventuell ist im Umfeld eine weitere Erschließungsstraße zur A2 erforderlich, das kann auch ein Ausbau vorhandener Straßen sein. Nach dem 1. Bauabschnitt ist zu entscheiden, ob die Straße erforderlich ist und wie sie zu planen ist. Der Bau von Windkraftanlagen ist leider aufgrund des Naturschutzes nicht möglich, auch der Bau von Photovoltaikanlagen im grünen Teil ist schwierig.

4.4. Verkehr und Mobilität

Mobilität bringt Lebensqualität und eröffnet mehr Möglichkeiten, sich frei bewegen zu können. Gleichzeitig beeinträchtigen die Auswirkungen des Verkehrs die Menschen und die Umwelt. Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen Menschen mehr Mobilität zu ermöglichen, ohne Umwelt und Lebensqualität in den Städten zu ruinieren. Sie ist Teil der Stadtentwicklungs-, aber auch der Klimaschutzpolitik auf lokaler Ebene. Angesichts der Folgen des motorisierten Verkehrs ist Verkehrsverlagerung unser vorrangiges verkehrspolitisches Ziel.

Die „Stadt der kurzen Wege“ ist als Leitbild schon länger eine Forderung der SPD in Gütersloh. Gerade bei der zu erwartenden Alterung unserer Gesellschaft müssen wir die sinnvolle Anordnung der neuen Baugebiete in Stadtnähe fordern. Ältere brauchen, genau wie junge Menschen, ihre sozialen Beziehungen, sind allerdings nicht mehr so mobil. Deshalb sollten bei Umzug in eine altersgerechte Wohnung oder in eine Alteinrichtung entweder das bisherige gewohnte Wohnumfeld weiterhin erreichbar bleiben oder die verkehrlichen Möglichkeiten barrierefreie Mobilitätschancen gewährleisten.

Wir setzen uns daher für ein größtmögliches Angebot an Mobilität und einen im Umweltverbund funktionierenden Verkehr ein, die aber aus Klimaschutzgründen umweltverträglich gestaltet werden müssen. Dazu muss ein vielfältiges Angebot unterschiedlicher Verkehrsmittel gemacht werden, das auch Sicherheits- und Kostenaspekte berücksichtigt. Mobilität ist für uns eine Querschnittsaufgabe bei gleichberechtigter Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Dies beinhaltet eine Gewährleistung einer einheitlichen und klaren verkehrlichen Planung von Fuß- und Radwegen, die bei allen Bauvorhaben berücksichtigt werden muss. Durch bessere Bedingungen für Radfahrende, zu Fuß Gehende sowie Nutzerinnen und Nutzer des Bus- und Schienenverkehrs schaffen wir gute Voraussetzungen für den Umstieg vom Auto.

Moderne Dienstleistungen wie Bring-Services oder Ähnliches vermeiden nicht nur Autoverkehr, sondern sie ermöglichen auch Teilhabe für diejenigen, die selbst nicht oder nicht mehr mobil sein können. Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Verkehrsverlagerung durch den weiteren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die Sicherung der Mobilität der Fußgängerinnen und Fußgänger und Fahrradfahrenden und die Verlagerung von Güterverkehren auf umweltfreundliche Transportmittel notwendig.

Langfristig ist zudem das Ziel, die kompletten Mobilitätsangebote in der Stadt in einer einzigen App abzubilden (→ Kapitel 8.2).

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der ÖPNV wird das Rückgrat der Mobilität in Gütersloh. Im Mobilitätsplan ist vorgesehen zur Minderung der CO₂-Emissionen den Anteil von Fuß-, Rad- und Öffentlichem Personennahverkehr zu steigern. Dazu soll nach unserer Ansicht ein deutlich attraktiverer ÖPNV einen erheblichen Beitrag leisten. Ein weiterer ganz zentraler Punkt ist die Steigerung der Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs. In anderen Gemeinden werden bereits kostenfreie Angebote an Wochenenden (z. B. Bocholt, Detmold) oder Flatrate-Angebote (z. B. Augsburg) gemacht, die es den Bürgerinnen und Bürgern leichter machen, sich für die Nutzung des ÖPNV zu entscheiden. Bundesweit gibt es zurzeit Versuche, die Tarife neu zu gestalten. Es wird das 365 Euro Jahresticket, die Bezahlung pro gefahrenen Kilometer oder pro Entfernungskilometer (Abrechnung über eine App auf einem Smartphone mit Navi) aber auch das kostenlose Busfahren geprüft. Es gibt in Gütersloh zurzeit am Freitag und Samstag das Baustellenticket für 1 Euro, das werbefinanzierte 1 Euro-Ticket gab es in Bielefeld und in Herford wurde der kostenlose Busverkehr an den Adventssamstagen erprobt. Das größte Potenzial sehen wir in vergünstigten Abos, ähnlich dem bekannten Jobticket. Im Schülerverkehr wünschen wir die Umstellung auf ein allgemeines Schülerticket/Azubiticket analog zum Studententicket. Beim Einzelticket ist schon 2020 zu prüfen, was sich am besten bewährt hat. In der nächsten Wahlperiode müssen wir vor dem Hintergrund der bundesweiten Versuche für uns entscheiden, wie wir durch eine Neugestaltung der Monats- und Jahrestickets deutlich mehr Fahrgäste gewinnen können.

Die SPD tritt daher für günstige Preise und einfache Tarife ein.

Bei der Neubeschaffung von Bussen wird die SPD darauf achten, dass entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik immer Fahrzeuge beschafft werden, die am besten schadstoffarm, klimafreundlich und energieeffizient sind.

Wir setzen uns für eine regelmäßige Anpassung und Erweiterung des Stadtbuskonzeptes entsprechend ständig aktualisierter Verkehrsströme ein.

Das Stadtbuskonzept soll sich entlang des Bedarfs der Gütersloher Bürgerinnen und Bürger orientieren. Als Grundlage hierfür dienen verlässliche Daten. Dazu zählen tatsächliche Verkehrszahlen, aber auch weitergehende Mobilitätsdaten sollen erhoben sowie Befragungen durchgeführt werden.

Die SPD in Gütersloh fordert

eine Erhöhung der Taktfrequenz und ein bedarfsorientierter Einsatz kleinerer Busse.

Auch der Einsatz von „Bürgerbussen“ im Innenstadtbereich soll geprüft werden.

Mit der Stadtbus GmbH hat die Stadt Gütersloh ein Instrument den Busverkehr attraktiver zu gestalten. Die heutigen städtischen Buslinien und die Regionallinien in die Nachbarstädte decken das Stadtgebiet gut ab, das heißt für die meisten (mehr als 80%) Gütersloher ist der Weg zur nächsten Haltestelle kürzer als 300 m. Der ZOB soll am Hauptbahnhof bleiben, eventuell größer auf dem Postgelände neu errichtet werden. Ergänzungen des Busliniennetzes sollen bei Bedarf erprobt und bei ausreichender Fahrgastzahl dauerhaft beibehalten werden.

Wir begrüßen den Beschluss vom Land zur Reaktivierung der TWE-Strecke und sehen darin eine große Chance zur Entlastung sowohl der Straßen für die Ein- und Auspendler aus Verl und Harsewinkel von und nach Gütersloh als auch der innerstädtischen Individualverkehre. Gütersloh profitiert davon, wenn der Schienengüterverkehr von und nach Harsewinkel erhalten bleibt und die Schwerverkehre zu den umliegenden Autobahnen Güterslohs innerstädtische Straßen nicht zusätzlich belastet.

Fahrradfahrende und Fußgängerinnen und Fußgänger

Neben einem attraktiven ÖPNV gehört für uns auch ein alltagstaugliches Radwegenetz, das alle Teile Güterslohs erschließt, ganz oben auf die Prioritätenliste. Doch noch sind nicht alle kommunalen Radwege in einem guten Zustand. Wir sehen hier noch viel Handlungsbedarf. Das betrifft auch die Schließung noch bestehender Lücken im Radwegenetz und die Beleuchtung von Radwegen vor allem zwischen den Stadtteilen.

Die SPD in Gütersloh setzt sich daher für

den Ausbau des Radwegenetzes ein, damit die Innenstadt aus allen Teilen Güterslohs mit dem Rad erreicht werden kann.

Das beinhaltet den Ausbau eines Fahrradstraßennetzes und schnelle, sichere und ganzjährig benutzbare Alltagsradwege ebenso wie den geplanten Radschnellweg Rheda-Wiedenbrück – Gütersloh – Bielefeld als Projekt einer zukunftsorientierten ökologischen Verkehrspolitik.

Mehr Radverkehr in der Stadt bedeutet auch steigenden Bedarf an Stellplätzen. Die SPD fordert daher

eine größere Anzahl an sicheren und hochwertigen Fahrradabstellmöglichkeiten.

Besonders gilt dies für das geplante Fahrradparkhaus am Bahnhof. Für uns gehören an den zentralen Stellplätzen für Fahrräder auch Ladestationen für Pedelecs und sichere Unterbringungsmöglichkeiten für das Radfahrerequipment dazu. Auch Fahrradverleihsysteme sind für uns Teil eines funktionierenden Radverkehrsangebots.

Nicht immer ist die Verkehrsführung für Radfahrende eindeutig (z. B. in Isselhorst am Kriegerdenkmal oder in Avenwedde an der Bahnunterführung). Nur eine selbsterklärende Verkehrsführung schafft Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Umweltfreundliche Mobilität entspricht auch einem solidarischen und gemeinschaftlichen Gesellschaftsmodell. Damit dauerhaft Anreize geschaffen werden, um auf das Auto zu verzichten, bedarf es der Bereitstellung einer geeigneten und sicheren Infrastruktur für Radfahrerinnen und Radfahrer. Auch Fußgängerinnen und Fußgänger sind wesentliche Akteure der Verkehrswende. Wir fordern

ein Verkehrssicherheitskonzept, das die Radfahrenden und Fußgängerinnen und Fußgänger als schwächere Verkehrsteilnehmer in den Blick nimmt.

Dieses Konzept soll nicht nur eine einheitliche und klare verkehrliche Planung von Fuß- und Radwegen gewährleisten und bei jedem neuen Bauvorhaben explizit berücksichtigt werden (z. B. durch Checklisten zur Überprüfung der Verkehrssicherheit), sondern auch Elemente wie die Reduktion von Unfallzahlen durch Instrumente der Unfallanalyse, Mobilitätserziehung u. v. m. beinhalten. Wir orientieren uns hierbei an der Stadt Karlsruhe, die seit 2012 ein solches Konzept entwickelt und kontinuierlich fortgeschrieben hat.

Uns ist wichtig, die unterschiedlichen subjektiven Sicherheitsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden angemessen zu berücksichtigen und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit für alle zu erreichen. Dazu zählt auch, zu einem verträglichen Miteinander zwischen Fahrrad-, Pedelec- und Autofahrenden zu kommen. Gefährliche, nur linksseitig geführte Radwege sollen, wenn es machbar ist, durch den Ausbau beidseitiger Radwege abgeschafft werden.

Es gibt unterschiedliche Verhaltensweisen bei Radfahrenden beim Befahren nicht benutzungspflichtiger Radwege; dies ist häufig Folge unklarer Wegeführungen, mangelnder Trennung vom Fuß- und/oder Autoverkehr. Wir wollen uns stärker als bisher auf Maßnahmen konzentrieren, die den heutigen Vorrang des Autoverkehrs auf unseren Straßen zurückdrängt und ein für Umwelt und Menschen verträgliches, sicheres Miteinander aller am Verkehr Teilnehmenden als oberstes Ziel verankert. Die „Vision Zero“ soll auch für Gütersloh gelten; d.h. keine Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr.

Straßenbau und Individualverkehr

Im letzten Wahlprogramm haben wir uns 2014 für den Bau der Ortsumgehung Friedrichsdorf ausgesprochen. Wie wir inzwischen feststellen mussten, wird die Ortsumgehung von der Stadt Bielefeld dauerhaft abgelehnt. Ein Bau der Ortsumgehung über Bielefelder Gebiet ist gegen den erklärten Willen der Stadt Bielefeld äußerst schwierig, ein Bau nur über Gütersloher Gebiet unmöglich. Ob das Land Nordrhein-Westfalen die Ortsumgehung gegen den Willen der Stadt Bielefeld mit konkreten Planungen voranbringt, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Wir unterstützen andere Beiträge zur Verbesserung der Verkehrssituation in Friedrichsdorf, auch wenn die Auswirkungen auf die schwierige Verkehrssituation deutlich geringer sind.

Die Gütersloher SPD lehnt den vierspurigen Ausbau der B61 zwischen Rheda-Wiedenbrück und Bielefeld ab.

Wir treten dafür ein, dass die beiden Teilprojekte B61 Gütersloh – Bielefeld/Ummeln und B61 Rheda-Wiedenbrück (A2) – Gütersloh aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 herausgenommen werden.

Unser Ziel ist es,

im Sinne einer deutlich erhöhten Verkehrssicherheit, Tempo 30 auszuweiten (z. B. wie die beschlossene Prüfung der Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 auf der Isselhorster und Friedrichsdorfer Straße in Avenwedde-Bahnhof zwischen der Bahnunterführung und dem Kreisverkehr).

Hauptverkehrsstraßen sind davon auszunehmen.

4.5. Wohnen

Gütersloh ist eine wachsende Stadt und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben. Gleichzeitig geht der demografische Wandel der Gesellschaft auch an unserer Stadt nicht spurlos vorbei.

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, in Gütersloh fehlen 2.000 Wohneinheiten. Der Abzug der britischen Streitkräfte bietet vor allem an dem Standort an der Verler Straße die Möglichkeit, die Wohnungssituation in Gütersloh gezielt zu verändern und vor allem im Segment des bezahlbaren Wohnraums zu entspannen.

Darüber hinaus wollen wir mit einer angepassten, ökologisch abgestimmten Nachverdichtung im Bestand eine weitere Möglichkeit, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Private Initiativen konnten den Mangel an bezahlbaren Wohnungen bisher nicht beheben.

Daher ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Gründung einer städtischen Wohnungs(bau)gesellschaft von zentraler Bedeutung (→ Kapitel 6.3).

Gütersloh braucht ein Gesamtkonzept zur Wohnraumentwicklung, das die Interessen aller Bürgerinnen und Bürgern berücksichtigt und das sich nicht nur an den Interessen einzelner Gruppen orientiert. Der Konsens mit allen Beteiligten liegt uns am Herzen. Die Wohnquartiere müssen vielfältigen Ansprüchen genügen.

Gütersloh muss familien-, kinder- und seniorengerechtes Wohnen ermöglichen, der gesamte Wohnungsbaubestand muss hinsichtlich Standards, Ausstattung, Barrierefreiheit, Eigentumsformen und flexibler Nutzungsmöglichkeiten aufgewertet werden.

Die Gütersloher Bürgerinnen und Bürger brauchen für die Beratung in den Bereichen Wohnraumschaffung, Wohnraumaufwertung, Förderung, Verfahrensabläufe eine zentrale Anlaufstelle.

Die Beratungsstelle muss personell so ausgestattet sein, dass sie den künftigen Anforderungen gerecht werden kann.

Die Ausweisung von zwei großen Baugebieten sehen wir als Erfolg unseres Antrags „Wohnbaulandoffensive“. Dennoch ist Gütersloh aufgrund der zu erwartenden Entwicklung auf weitere Baulandflächen angewiesen, um dem trotz der Nutzung der ehemaligen Kasernenflächen an der Verler Straße und der nur mittel- und langfristig wirkenden Nachverdichtung nach wie vor bestehenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenwirken zu können.

Die Neuausweisung von Baugebieten muss allerdings möglichst stadtnah sein und die Struktur der bereits vorhandenen Bebauung annehmen. Planungsschritte, die auf Widerstand der anliegenden Bewohnerinnen und Bewohnern stoßen könnten, möchten wir durch die Beteiligung der Bürger unter möglichst großer Transparenz von städtischer Seite her begleiten und so für mehr Akzeptanz sorgen. Auch umweltpolitische Überlegungen müssen bei der Ausweisung und Gestaltung von Neubaugebieten eine Rolle spielen.

Gütersloh ist eine Stadt mit überdurchschnittlich vielen Auszubildenden, zudem wird der Fachhochschulstandort in den kommenden Jahren weiter wachsen. Gerade für junge Menschen, die aus anderen Regionen für eine Ausbildung oder ein Studium in den Kreis Gütersloh ziehen, braucht es besondere Angebote auch beim Wohnraum. Auch jungen Menschen, die ihr Elternhaus verlassen möchten, fehlen Angebote auf dem Wohnungsmarkt. Das Bündnis.Azubi.Wohnen, in dem sich junge Auszubildende, Gewerkschaften und Jugendverbände zusammengeschlossen haben, setzt sich im Kreis Gütersloh für die Errichtung eines Azubi-Wohnheims ein. Die Gütersloher SPD begrüßt diese Forderung und das Engagement des Bündnisses.

Die Stadt sollte daher die Bestrebungen zum Bau eines Wohnheims für Auszubildende- und Studierende aktiv unterstützen.

5. Umwelt und Klimaschutz in Gütersloh

Umwelt- und Klimaschutz ist im Jahr 2020 vielleicht eines, wenn nicht sogar das prägendste Thema in politischen Debatten. Dies trifft sowohl auf die bundes-, landes- wie auf die kommunalpolitische Ebene zu.

Die SPD hat sich diesem Thema aber nicht erst seit dem medialen Interesse an Greta Thunberg und der daraus erwachsenden Fridays for Future Bewegung zugewendet. Die SPD Gütersloh hat sich konsequent über die letzten Jahre für die Belange des Umwelt- und Klimaschutz eingesetzt. In den letzten Jahren ist der Umwelt- und Klimaschutz noch thematisch um den Punkt Klimafolgen erweitert worden. Phänomene wie Starkniederschläge oder Hitzeperioden sind auch in Gütersloh bereits als deutliche Zeichen des sich verändernden Klimas zu erkennen.

Viele Ziele, Ansätze und Maßnahmen sind im gemeinsamen Antrag zum Klimaschutz im Juli 2019 beschlossen worden, zu dem wir uns ausdrücklich bekennen und das wir kleinschrittig umsetzen möchten.

5.1. Erneuerbare Energie vor Ort erzeugen

Die Entwicklung im Energiesektor führt zunehmend weg von großen, zentralen Erzeugungssystemen hin zu dezentralen, intelligenten, kleineren Anlagen. Dabei werden regionale Ressourcen wie Sonne, Wind, Biogas und Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen einen deutlich höheren Stellenwert für die Versorgung der heimischen Industrie, des Handels und der Bevölkerung einnehmen.

In diesem Zusammenhang hat sich die SPD Gütersloh auch massiv für die erfolgreiche Umsetzung des Windparks am Rhedaer Forst eingesetzt. Dank der Inbetriebnahme im Jahr 2017 beziehen ca. 5.000 Haushalte nun klimafreundlichen Strom von den Stadtwerken Gütersloh. Die SPD Gütersloh bedauert, dass die veränderten Abstandsregelungen im Windenergieerlass 2018 die weitere Verbreitung dieser Energieerzeugung im Stadtgebiet nahezu ausschließt.

Vor diesem Hintergrund kommt dem

Ausbau der Stromerzeugung mit Photovoltaik

eine besondere Bedeutung zu. Das gilt natürlich für die städtischen Liegenschaften und bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete. Gleichmaßen sollen aber auch bestehende gewerbliche Flächen sowie private Haushalte, sowohl im Neubau als auch bei Bestandsimmobilien, hierzu beitragen.

Die SPD Gütersloh hat sich seit mehr als 35 Jahren gegen die Nutzung der Atomkraft ausgesprochen, die Notwendigkeit der regenerativen Energien sowie Maßnahmen zur Kraft-Wärmekopplung und zu Energieeinsparungen beschrieben und sich im Rat der Stadt dafür eingesetzt. Schließlich wollen wir auf der kommunalen Ebene die Treibhausgase reduzieren und Energie aus fossilen Rohstoffen einsparen. Diesen Weg werden wir zukünftig verstärkt fortsetzen.

Unsere Stadtwerke sollen vollständig auf Atomstrom verzichten und durch ihre eigene Produktion regenerative Energien fördern, ihren Bezug von Ökostrom steigern und die Energieberatung ausbauen.

Die Stadt Gütersloh hat sich zu den Zielen des Pariser Abkommens aus 2015 bekannt und somit werden die umweltpolitischen Ziele darauf ausgerichtet unseren Beitrag u. a. für das 2-Grad-Ziel zu leisten. Die zuvor durch den Rat beschlossene Minderung der CO₂-Emission um 30 Prozent, sollte noch übertroffen werden. Unser Ziel muss perspektivisch eine klimaneutrale Kommune sein. Die Energieerzeugung durch regenerative Energien ist für uns die zentrale Säule für die Erreichung unserer Klimaziele: Langfristig ist es dabei das Ziel der SPD die Energiebedarfe der städtischen Gebäude sowie der Stadtwerke Gütersloh zu 100% durch regenerative Energien zu decken. Wir setzen uns dafür ein, dass die seit 2015 geltenden Leitziele im Klimaschutzkonzept der Stadt übertroffen werden und der Grad der Zielerreichung kontrolliert wird. Im Rahmen dieses Konzeptes und der Kontrolle hat der Klimabereit eine wichtige Bedeutung. Mit dem Gremium des Klimabeirates haben wir in Gütersloh bereits sehr gute Erfahrungen machen dürfen und möchten diese Form der Beteiligung von interessierten Expertinnen und Experten ausbauen, z. B. durch die Aufnahme einer Vertreterin bzw. eines Vertreters der Initiative Fridays for Future.

5.2. Den Energiebedarf in der Stadt Gütersloh senken

Die energetische Sanierung von Gebäuden muss auch aus kommunaler Sicht noch stärker gefördert werden. Dies ist nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes notwendig, sondern auch angesichts rasant steigender Energiepreise. Hohe Energiepreise belasten gerade Haushalte mit geringem Einkommen, da dort die Aufwendungen für die Nebenkosten überproportionale Aufwendungen für das Haushaltseinkommen zur Folge haben. Durch energieeffiziente Renovierung von öffentlichem Wohnraum würden insbesondere Menschen mit geringem Einkommen profitieren. Der Energiebedarf von Gebäuden kann durch neue Fenster, Wärmedämmung und effizientere Heizungsanlagen erheblich vermindert werden. Energieeinsparinvestitionen sind deshalb ausdrücklich zu fördern, um den Klimaschutz voranzubringen und um Arbeitsplätze gerade im mittelständischen Handwerk vor Ort zu schaffen und zu sichern. Hierzu gehört dauerhaft

eine umfassende, kompetente und aufsuchende Beratung der Haus- und Gebäudeeigentümer und der Mieter,

für die erkennbar sein muss, dass sich Einsparinvestitionen rentieren. Dies gilt gleichermaßen für die Gebäude der öffentlichen Hand und der kommunalen Unternehmen.

5.3. Klimafreundliche Stadtentwicklung

Auch Stadtplanung und Stadtentwicklung werden sich stärker als bisher den Erfordernissen des Klimaschutzes stellen müssen. Dabei gilt es, vermeidbare Wege auch tatsächlich zu meiden. Dies bedeutet, dass bei einem entsprechenden Quartiers- und Stadtteilmanagement darauf zu achten ist, dass benötigte Angebote auch weitgehend vorzuhalten sind. So können unnötige weite Wege zum Einkaufen, zur medizinischen Versorgung oder auch zu benötigten Dienstleitungen vermieden werden. Die Stadt Gütersloh hat auch beim eigenen Wohnungsbestand eine Vorbildfunktion.

Hier gilt es, soziale und ökologische Aspekte zu vereinen und auch energetische Sanierungen im städtischen Bestand vorzunehmen.

Die Stadt Gütersloh hat aufgrund des Antrages der SPD Gütersloh aus 2017 die Aufgabe erhalten, sich verstärkt mit der Anpassung an die Klimafolgen zu befassen. Dieses Arbeitsprogramm gilt es regelmäßig auf seine Aktualität zu überprüfen und fortzuschreiben.

Ein Effekt durch die Veränderung der Bevölkerung in Folge des demografischen Wandels wird die Zunahme von Ein- bis Zwei-Personenhaushalten und damit einhergehend ein höherer spezifischer Wohnflächenverbrauch pro Kopf sein.

Der hohe Verbrauch an Flächen und das stetige Wachsen versiegelter Fläche sind mittel- und langfristig aber aus unserer Sicht keine Optionen, deshalb sollten in regelmäßigen Abständen – z. B. alle zwei Jahre – geprüft werden, ob bei Ausweisung von neuen Wohngebieten einer Verdichtung der vorhandenen Wohnstrukturen vorzuziehen wäre.

Hierüber können die Kosten der dafür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen eingespart werden und der Flächen- und Ressourcenverbrauch minimiert werden.

Ebenfalls aus umweltpolitischen Gesichtspunkten der Stadtentwicklung ist bei neu aufzustellenden Bebauungsplänen und geeigneten Einzelprojekten immer zu prüfen ob eine Nah- oder Fernwärmeversorgung unter ökologischen Aspekten auch finanziell dargestellt werden kann.

Die Verwaltung soll zudem darauf achten, dass bei der Neuaufstellung von Bebauungsplänen ein grüneres Stadtbild geprägt wird.

Die Bepflanzung von Vorgärten oder aber das Vorhalten von Versickerungsflächen auf größeren Gewerbegrundstücken sind hier als mögliche Maßnahmen zu nennen. Dort wo bereits Bebauungspläne aufgestellt sind, die Grundstücke aber noch in städtischer Hand sind, sollen die zuvor beschriebenen Maßnahmen den Käufern als Auflage aufgeben werden.

Als ein gelungenes Beispiel einer klimafreundlichen Stadtentwicklung ist die Klimaschutzsiedlung in Pavenstädt zu nennen. Es sind ca. 20 Einfamilienhäuser entstanden und hierbei energetische Vorgaben an die Gebäude (3-Liter-Haus oder Passivhaus) und an die gesamte Siedlung (u. a. maximal 20% Einstrahlungsverluste) gestellt worden. Zudem werden u. a. eine gute Verkehrsanbindung zum ÖPNV, im Bereich der Versorgung eine gute Anbindung an Infrastruktureinrichtungen, flächensparendes Bauen sowie ein niedriger Verkehrsflächenanteil bei den Planungen erfüllt.

Auch im Bereich der Mobilität können die Stadt und insbesondere die Stadtwerke vorangehen, indem sie durch einen intelligenten Ausbau des Ladenetzes die Elektromobilität fördern.

Wir unterstützen Bürgerinnen und Bürger bei ihren eigenen Anstrengungen und wollen in Gütersloh überall aktive Beiträge dazu leisten, wo die Stadt unmittelbar Entscheidungsträger ist. Deswegen wollen wir für vorbildliches Verhalten aller städtischen Einrichtungen und Institutionen sorgen. Als Musterbeispiel ist hier die Vergabe des Baus der Kita in Pavenstädt an einen Träger und einen Investor, die die Kita in Passivhaus-Bauweise gebaut haben, zu nennen. Zudem wird die Straßenbeleuchtung schrittweise auf ökologisch und ökonomisch sinnvolle LED-Beleuchtung umgestellt, bei der zudem noch auf die Verminderung von Lichtverschmutzung geachtet wird. Hierbei wird auch die Möglichkeit einer insektenfreundlichen Ausleuchtung berücksichtigt und Lichtemissionen stärker vermieden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die benötigte Beleuchtung auch sichergestellt wird.

Der Einsatz effizienter Technik im Rahmen des gesamten Gebäudemanagements und von technischem Gerät und energiesparenden Fahrzeugen im Rahmen des kommunalen Beschaffungswesens sind unverzichtbare Investitionsfelder kommunaler Energie- und Klimapolitik. Die Gütersloher Bodenvorratspolitik setzt auf modernes Flächenmanagement, das durch An- und Verkauf, Flächenrecycling und Neuerschließung gewerblicher Flächen ein möglichst vielfältiges Angebot für alle Formen der Nachfrage bereithält und ungerechtfertigten Flächenverbrauch stoppt. Zur Verbesserung des städtischen Binnenklimas ist darüber hinaus verstärkt auf Frischluftschneisen zu achten. Die Zersiedelung immer weiterer Gebiete muss vermieden und Freiflächen für Umwelt und Erholung sollen nicht durch überflüssige Straßenbauprojekte zerstört werden.

5.4. Schutz von Artenvielfalt und Natur

Der Schutz von Natur und Landschaft hat schon seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert und wird jährlich durch das Biodiversitätsprogramm auditiert und Maßnahmen abgeleitet. Darüber hinaus wurden im Ausschuss für Umwelt und Ordnung im Sommer 2019 auf Antrag der SPD Gütersloh Maßnahmen zum Insekten- und insb. Bienenschutz auf den Weg gebracht.

Durch eine veränderte Flächenbewirtschaftung wird zudem durch die Verwaltung ein weiter wichtiger Beitrag im Bereich des Insektenschutzes geleistet.

Dazu muss der dramatische Flächenverbrauch gestoppt werden, Biotopverbünde sind auszubauen, Lücken in Grüngürteln zu schließen, Fluss- und Bachläufe (z. B. Dalke) zu renaturieren. Die Landwirtschaft ist aufgerufen, verstärkt Weide- und Blühflächen vorzuhalten.

Der städtische Baumbestand ist nachhaltig zu fördern, etwa durch die Neu- und Ersatzpflanzung an das sich verändernde Stadtklima angepasste Bäume. Der Waldbestand ist auszuweiten.

Ein wichtiger Baustein ist die Sanierung und Nutzbarmachung von Altlasten- und Brachflächen, um eine unnötige Inanspruchnahme von Freiflächen und grünen Wiesen zu vermeiden. Altlastensanierung und Brachflächen-Recycling sind aktiver Naturschutz, der weiter verstärkt werden muss. Den Bestand von heimischen Bäumen gilt es zu schützen. Vor allem durch die dringende Einhaltung der weiterhin geltenden Baumschutzsatzung.

Um einen nachhaltigen Schutz der Umwelt zu verwirklichen, gilt es auch, über den direkten Naturschutz hinaus präventive Maßnahmen zu ergreifen. Die Stadt hat hier z. B. über den City-Becher ein attraktives Angebot geschaffen, Einweg-Kaffebecher zu vermeiden.

Auch das Einrichten einer kommunalen Einwegsteuer soll geprüft werden.

5.5. Gütersloh wird eine abfallarme Stadt

Sozialdemokratische Umweltpolitik konzentriert sich darauf, vorzubeugen und nicht nur zu reparieren. Es bedarf einer vernetzten Umweltpolitik, die die Umweltmedien Wasser, Boden und Luft gleichzeitig im Blick hat und als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird.

Die Wasserversorgung, die Abfallentsorgung und die Abwasserreinigung müssen in kommunaler Hand bleiben, weil die Kommunen seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner für eine umweltgerechte Ver- und Entsorgung sind. Sie garantieren eine ortsnahe Grundversorgung auf der Grundlage des kommunalabgabenrechtlichen Kostendeckungsprinzips ohne Gewinnstreben. Dies bedeutet gleichzeitig eine verträgliche Kosten- und Gebührenentwicklung für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der gesetzlichen Regelungen. Mit diesem System sichern wir ausreichende und zuverlässige Entsorgungsmöglichkeiten z. B. auch im öffentlichen Raum und bauen sie bedarfsgerecht aus. Die enge Verknüpfung der Abwasserentsorgung mit der kommunalen Bau- und Entwicklungsplanung erfordert eine öffentliche Struktur auch aus Gründen des kommunal zu gewährleistenden Hochwasserschutzes. Eine Dichtheitsprüfung privater Abwasserkanäle ist nur in ganz wenigen Ausnahmefällen, z. B. in Wasserschutzgebieten, erforderlich.

Neben der Abfallentsorgung ist auch die Müllprävention ein wichtiges Thema.

Die SPD Gütersloh strebt an, dass Gütersloh sich als den Zielen der sog. Zero-Waste-City verschreibt.

Der Ansatz von Zero Waste Cities ist ein kontinuierlicher Versuch, Abfälle aus dem Verkehr zu ziehen - nicht durch Verbrennung oder Deponierung, sondern durch die Schaffung und Implementierung von Systemen, die in der ersten Phase keine Abfälle erzeugen.

5.6. Nachhaltige Ernährung und Erholungsräume – Grünflächen in Gütersloh

Zur Verstärkung des Gedankens der nachhaltigen, gesunden, saisonalen und regionalen Ernährung sind heimische Gemüse sehr wichtig. Hier gilt es zu prüfen, inwiefern über verschiedene Modelle wie „Mietergärten“, die kleinteilige Verpachtung von Acker- und Grabeland an Privatpersonen, aber auch die bedarfsgerechte Einrichtung von Kleingartenanlagen Schritte unternommen werden können, ökologisch wertvolle Gartenanlagen zu etablieren, die sowohl als Gemüsegärten zur nachhaltigen Ernährung als auch als Erholungsräume genutzt werden können.

Beispiel: Gartenbörse

Durch den demografischen Wandel bedingt, sind verstärkt ältere Menschen leider nicht mehr in der Lage, ihre z. T. recht großen Gärten bzw. ihre (ehemaligen) Gemüsegärten selbst zu bewirtschaften. Hier ist zu prüfen, ob über eine Gartenbörse der Generationen übergreifende Dialog forciert werden kann, indem diese Gärten durch Familien oder jüngere Menschen gepflegt und bewirtschaftet werden, die möglicherweise keinen eigenen Garten haben (können), aber gerne einen hätten. Gleichzeitig gilt es dabei, einen attraktiven Grünflächen-Mix zu erhalten: Dieser beinhaltet Naturentwicklung, Naherholung, der Hervorhebung von Grünanlagen und Parks wie dem Stadtpark oder dem Mohns Park, dem Botanischen Garten, das so genannte „Urban Gardening“ (kleinräumige, gärtnerische Nutzung städtischer Flächen), aber auch den Erhalt von Straßenbegleitgrün.

5.7. Luftreinhaltung und Lärminderung

Luftreinhaltung ist Gesundheitsschutz. Daher müssen die Belastungen etwa durch Feinstaub und Stickoxide in dem von der Europäischen Union vorgegebenen Rechtsrahmen vermindert werden. Umweltzonen sind hierfür eine wirksame Maßnahme. Neben den Umweltzonen dient auch eine vorsorgende Bauplanung der Verbesserung der Luftqualität, indem beispielsweise die Frischluftschneisen für die Innenstadt nicht zugebaut werden. Auch eine verbesserte Abgasreinigung bei Hausbrandanlagen trägt zur Verbesserung der Luftqualität bei.

Lärm kann Menschen krank machen. Lärmaktionspläne sind ein Instrument, um Lärmbelastungen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu senken. Der Bau von Lärmschutzwänden, der Einbau von Lärmschutzfenstern, die Verwendung geräuscharmer Fahrbahnbeläge sind Beispiele, die verstärkt umgesetzt werden müssen. Bund und Land sind aufgefordert, Lärminderungsmaßnahmen finanziell zu fördern. Pläne zur Lärminderung allein lösen das Problem nicht.

6. Sozialer Zusammenhalt in Gütersloh

6.1. Aktivierende Sozialpolitik – Vorsorge und Teilhabe

Verantwortungsvolle und erfolgreiche Sozialpolitik ist mehr als nur die Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut und die korrekte und pünktliche Auszahlung von Sozialleistungen.

Sozialpolitik muss über die kommunale Daseinsvorsorge hinaus vielmehr dazu beitragen, dass alle Menschen die Chance haben, am Leben in der Gemeinschaft teilzuhaben. Soziale Ausgrenzung aufgrund z. B. von Armut, Behinderung oder Herkunft wollen wir verhindern.

Die Gütersloher SPD fordert daher einen aktivierenden Sozialstaat, der das Selbsthilfepotenzial Bedürftiger stärkt und unterstützt. Vorbeugend tätige soziale Dienste und Einrichtungen tragen mit ihrer Arbeit dazu bei, Notlagen und soziale Probleme bereits im Vorfeld zu bekämpfen oder zumindest abzumildern. Eine enge Verzahnung von Sozialpolitik, Wohnungspolitik und Stadtplanung verhindert, dass in benachteiligten Wohngebieten eine soziale Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird bzw. einen entsprechenden Trend zu stoppen.

Wir plädieren für Kooperationsmodelle mit Stadtteilarbeitsgemeinschaften, Sportvereinen, sozialen und ökologischen Verbänden sowie kulturellen Gruppen, um Menschen aus allen Gesellschaftsschichten eine Teilhabe zu ermöglichen. Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind ein wichtiger Kooperations- und Diskussionspartner für eine wirksame Sozialpolitik in Gütersloh.

Mit Selbsthilfegruppen arbeitet die Stadt vertrauensvoll zusammen und fördert ihre Tätigkeit materiell und ideell. Menschen mit Behinderungen haben mit dem Behindertenbeirat zusätzliche Ansprechpartner.

Unsere Stadt betreibt im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Stadt Gütersloh und ihre Tochterunternehmen bieten Arbeitslosen die Chance zur beruflichen Wiedereingliederung.

6.2. Bedeutung von Familien in der kommunalen Gemeinschaft

Die Menschen in Gütersloh leben friedlich, solidarisch und vorurteilsfrei miteinander. Frauen und Männer, Familien, Kinder, Jugendliche, Alleinstehende, ältere Menschen: Sie alle sollen in Gütersloh ihren Bedürfnissen entsprechend leben können.

Der Begriff der „Familie“:

„Familie“ sind alle Lebensformen, in denen mehrere Menschen füreinander sorgen:

- Paare mit Kindern oder Jugendlichen
- Alleinerziehende mit ihren Kindern
- Menschen aus verschiedenen Generationen, die mit oder ohne verwandtschaftliche Beziehung Verantwortung füreinander tragen

Um familienpolitische Entscheidungen in Gütersloh immer wieder evaluieren und ändern zu können, benötigt Gütersloh einen regelmäßig fortgeschriebenen und vergleichbaren Familien- und Sozialbericht.

Nicht alle profitieren gleichermaßen von Entscheidungen. Deshalb stellen wir das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unseres Handelns. Dabei muss die Entscheidungsfindung immer nachvollziehbar sein. In diesem Sinne sind wir zwar „nicht perfekt, aber dran“ – „dran“ an den Problemen, „dran“ an den bestmöglichen Lösungen für Gütersloh und seine Einwohnerinnen und Einwohner, damit wir entsprechend gerne und gut leben können.

Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und Senioren am gesellschaftlichen Leben legen.

6.3. Wohnen

Der Gütersloher Wohnungsmarkt ist seit Jahren äußerst angespannt. Vorrangiges Gebot ist:

- die Schaffung neuen Wohnraumes und
- der Erhalt des bestehenden Wohnungsbestandes

Das Ziel ist

- - eine deutliche Entspannung auf dem Wohnungsmarkt
- - ein Abbau der Warteliste am Wohnungsamt
- - der Zugang zu Wohnungen für alle Wohnungssuchenden
- - eine bunt gemischte Bewohnerstruktur zu gewährleisten (→ Inklusion, Kapitel 8.9)

Die Stadt Gütersloh gründet zu diesem Zweck eine kommunale Wohnungsgesellschaft (→ Kapitel 4.5). Deren Aufgabe ist die Verwaltung des Wohnungsbestandes, der Kauf von Wohnungen aus dem Bestand der BlmA und der Bau von eigenen Wohnimmobilien.

6.4. Wohn- und Betreuungsformen

In Gütersloh besteht aufgrund privater Investitionen ein Überangebot an stationären Pflegeplätzen. Und dies, obwohl immer mehr Menschen in ihrer gewohnten Umgebung oder in Wohngruppen zusammen leben möchten, in denen sie dann je nach Bedarf, Hilfe für den Haushalt oder die Pflege zukaufen können. Hier fehlen in Gütersloh die entsprechenden Rahmenbedingungen und eine zentrale Steuerung.

Wir setzen uns weiterhin für die Barrierefreiheit ein, denn diese ist für alle Altersgruppen mehr oder weniger nötig. Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit im Alter sind unabdingbar.

Unterschiedliche Wohnformen finden in Gütersloh Berücksichtigung.

Formen des Wohnens für Menschen mit Beeinträchtigungen:

- **"Ambulant Betreutes Wohnen"**: Unterstützung in der eigenen Wohnung mit Klientinnen und Klienten
- **"Stationäres Einzelwohnen"** in Wohn- oder Hausgemeinschaften
- **"Stationäres Wohnen"** in Wohngruppen
- **"Betreutes Wohnen in Gastfamilien"** in verschiedenen Pflegefamilien
- **"Tagesstrukturierende Beschäftigung"** im Rahmen von Einrichtungen

Das soziale Miteinander vor Ort, auch unter Einbeziehung von Pflegestützpunkten, wird gestärkt. Die Aufwertung und Anerkennung von Pflegearbeit und die Entlastung pflegender Angehöriger treiben wir voran.

6.5. Stadtteilentwicklung

Wir wollen ein Quartiersmanagement / eine Quartiersbetreuung insbesondere in den Stadtgebieten Nord, West und Innenstadt aber auch in Süd und Ost zur Aufwertung, Verbesserung und Stabilisierung der Lebensbedingungen und zur Aktivierung des sozialen Lebens in den Stadtteilen.

Die Quartiere bilden jeweils wichtige Zentren für Nahversorgung, Bildung, Gesundheit, Freizeit und nachbarschaftliches Zusammenleben in unserer Stadt. Ein großer Teil der Aufgaben der Quartiersbetreuung liegt in der Ansprache, Aktivierung und Beteiligung aller Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier, insbesondere von denen, die von Teilhabe ausgeschlossen oder in der Teilhabe beeinträchtigt sind. Auch diese Personen sollen für die soziale und stadträumliche Weiterentwicklung des Quartiers gewonnen und aktiv in die Prozesse eingebunden werden.

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Gütersloher Sozialräume nehmen durch das Quartiersmanagement aktiv an der sozialen und stadträumlichen Entwicklung in ihren Stadtvierteln teil.

Dies bedeutet konkret:

- Mitwirkung in allen Handlungsfeldern des Quartiers, insbesondere in den Feldern Bildung, Gesundheit, Nachbarschaft
- Initiierung, Planung, Begleitung und Auswertung von Projekten des „Sozialen Miteinanders“
- Einbeziehung von Bewohnerinnen und Bewohner in Beteiligungsverfahren des Quartiersmanagements, inklusive Gewinnung für die Mitarbeit in Stadtteilgremien (z. B. Präventionsrat, Quartiersrat)

- Befähigung und Unterstützung von Bewohnerinnen und Bewohnern und entsprechender Initiativen zum Aufbau selbsttragender Strukturen
- Mitarbeit in stadtteilbezogenen Netzwerken und Gremien (Präventionsrat u. a.)
- Mitarbeit in Gremien des Quartiersmanagements (z. B. Steuerungsrunde, Quartiersrat)

Die Aufgaben des Quartiersmanagements sind also im Wesentlichen:

- die Aufwertung, Verbesserung und Stabilisierung der Lebensbedingungen in den Quartieren
- die Schaffung und Aufrechterhaltung stabiler Sozialstrukturen
- die Aktivierung der Bewohnerschaft zur Beteiligung und Mitwirkung am Entwicklungsprozess des Gebietes
- das Vernetzen der unterschiedlichen Interessengruppen und lokalen Akteure
- der Auf- bzw. Ausbau von Kooperationen zwischen Institutionen, Initiativen, Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften u. a.
- die Initiierung, der Aufbau und die Begleitung bei der Entwicklung von (Bürger-)Projekten aus den unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und ökonomischen Handlungsfeldern sowie die Akquirierung von Dritt- bzw. Fördermitteln für diese Projekte
- die Aktivierung des Stadteillebens, Öffentlichkeitsarbeit, Imageverbesserung nach innen und außen

Die Einrichtung eines Quartiersmanagements soll die soziale Integration und das soziale Miteinander in den Stadtteilen und der Gesamtstadt verbessern.

6.6. Lokale Mitverantwortung beim Thema Arbeit

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Erwerbsarbeit nicht nur wirtschaftliche Existenzgrundlage. Sie trägt wie Familienarbeit zur gesellschaftlichen Anerkennung und zum Selbstwertgefühl der Menschen bei.

Auch wenn die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf kommunaler Ebene begrenzt sind, nehmen wir unsere lokale Verantwortung bei der Schaffung und Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wahr.

Junge Menschen sollen beim Übergang von der Schule zum Beruf optimal begleitet werden. Dabei werden sie von Übergangskoaches (→ Kapitel 3.4), die an allen weiterführenden Schulen fortbestehen bzw. eingeführt sind, begleitet.

Die Stadt Gütersloh und ihre Tochterunternehmen müssen Vorreiter sein bei der Zurverfügungstellung von Ausbildungsplätzen. Ausbildung soll und muss dann aber auch zur regulären Beschäftigung führen.

Arbeitssuchenden soll eine Beschäftigungsmöglichkeit gegeben werden. Neben dem ersten Arbeitsmarkt muss die Stadt alle ihre zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpfen, Menschen in Arbeit zu bringen oder zu halten. Das gilt für arbeitslose Menschen und insbesondere auch für Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Unterstützung von arbeitslosen Menschen kann dabei sowohl über die Einrichtung von Arbeitsplätzen im Rahmen des sozialen Arbeitsmarktes durch die Stadt Gütersloh und ihre Tochterunternehmen geschehen als auch durch die Unterstützung freier Träger in diesem Bereich. Diese Aufgabe gilt insbesondere vor dem Hintergrund eines sich in Zukunft weiter digitalisierenden Arbeitsmarktes.

Unser Leitbild ist die Förderung guter Arbeit und nicht die Alimention von Arbeitslosigkeit. Unter guter Arbeit sind dabei nicht nur die Arbeitsbedingungen inkl. aller maßgeblichen Rahmenbedingungen wie Entlohnung, Arbeitszeiten usw. zu verstehen. Arbeitgeber tragen eine Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Insbesondere dann, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Ost- oder Südosteuropa angeworben werden und damit einhergehend Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden, muss dieses zu menschenwürdigen Bedingungen passieren. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Mittel der Werkverträge unterliegt nicht der kommunalen Regelungskompetenz. Dennoch gibt es Handlungsoptionen für eine Kommune, die Bedingungen für diese Menschen hinsichtlich Arbeit und Entlohnung, Wohnsituation, Spracherwerb und Integration zu verbessern. Diesen Prozess wollen wir möglichst in Kooperation mit den beteiligten Unternehmen beschreiten. Sollte das nicht zum Erfolg führen, werden wir aber auch einseitig alle möglichen Schritte ergreifen. Es handelt sich hierbei nicht nur, aber insbesondere um die Situation in der Fleischindustrie. Unser Augenmerk werden wir allerdings auch andere Branchen richten.

6.7. Ehrenamt fördern

Ohne Vereinsarbeit und Ehrenamt funktioniert unsere Gesellschaft nicht.

Die Vereinsarbeit, z. B. im Sport, in der Kultur und auch im sozialen Bereich, ist ein starkes Bindeglied zwischen den Menschen in Gütersloh und verbindet die Stadtteile. Für das gesellschaftliche Miteinander und den Zusammenhalt einer Gemeinschaft ist das Ehrenamt sehr wichtig. Wir wollen diese Arbeit unterstützen und das Ehrenamt fördern. Das Ehrenamt darf jedoch kein Ersatz für die Erfüllung staatlicher Aufgaben sein.

6.8. Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männer in der Gesellschaft war schon immer ein wichtiges sozialdemokratisches Ziel und wird es immer bleiben. Unsere gesellschaftlichen Strukturen sind immer noch von Männern dominiert.

Auch heute sind es überwiegend Frauen, die aufgrund unflexibler Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder fehlender Betreuungsplätze oder aber auch aufgrund einer ganz bewussten Entscheidung nach der Geburt eines Kindes nicht wieder in den Beruf finden. Wir setzen uns für bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten in Kindergärten und Schulen (→ Kapitel 2.1 und 3.2) ein und fordern hier, dass

flexible Öffnungszeiten der Kindergärten auch in den Randzeiten angeboten werden Eine Ergänzung um alternative Betreuungsformen wollen wir prüfen.

Auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen familienfreundlicher werden. So fordern wir, dass verstärkt

familiengerechte Arbeitszeiten eingerichtet werden.

Die ungleiche Einkommensverteilung bei Männern und Frauen trotz gleicher Leistung wollen wir nicht länger dulden.

Bei all diesen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen der Gleichstellung sehen wir die Kommune und ihrer Tochterunternehmen als Arbeitgeber in einer besonderen Verantwortung.

Konkrete Schritte wie flexible Arbeitszeiten, Fortschritte bei der Kinderbetreuung, die gleiche Bezahlung (equal pay) von Männern und Frauen und eine verstärkte Besetzung von Führungspositionen in der Verwaltung mit Frauen sind konkrete Maßnahmen, die in der Stadtverwaltung und den kommunalen Tochterunternehmen vorbildhaft umgesetzt werden müssen.

Zur Umsetzung gleichstellungspolitischer Maßnahmen in der Kommune unterstützt die SPD die Gleichstellungsstelle der Stadt und die von ihr eingerichteten Hilfseinrichtungen. Um die Förderung der Gleichstellung systematischer und planvoller anzugehen fordern wir die

Erarbeitung eines kommunalen Gleichstellungsplans mit festen und überprüfbaren Kennzahlen.

Die Kommunalpolitik ist ebenfalls in der Verantwortung, Gleichstellung konkret umzusetzen. Unterschiedliche Perspektiven der Geschlechter sollen gleichberechtigt in alle städtischen Entscheidungsprozesse eingebracht werden.

Ziel ist eine paritätische Besetzung aller städtischen Gremien.

6.9. Integration als Chance

Gütersloh ist bunt und vielfältig. Aus verschiedensten Regionen und den unterschiedlichsten Gründen sind Menschen seit den 60er Jahren nach Deutschland eingewandert. Dass Menschen aus 150 Herkunftsländern bei uns leben, arbeiten und hier ein Zuhause gefunden haben, ist eine große Bereicherung für unsere Stadt – ob im Arbeitsleben oder in der Kulturlandschaft, ob mit deutschem Pass oder ohne. Gerade die Kommune muss sich den vielfältigen Herausforderungen der Integrationspolitik stellen, um allen Bürgerinnen und Bürger die Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Integration begreifen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei als Chance! Wir nehmen die Anliegen des Integrationsrates auf und unterstützen ihn als gewählte Vertretung der Migrantinnen und Migranten. Wir setzen uns dafür ein, die im Rahmen der Landesgesetzgebung gegebenen Möglichkeiten für den Integrationsrat voll auszuschöpfen.

Die Sprache ist eines der wichtigsten Instrumente zur Teilhabe an der Gesellschaft und muss so früh wie möglich in Bildungsinstitutionen gefördert werden. Wir unterstützen weiter den Ausbau der Sprachangebote in Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern und Grundschulen vor Ort, die Kurse für die Eltern dieser Kinder durchführen – wenn es strukturell möglich ist, soll auch der muttersprachliche Unterricht angeboten und gefördert werden. Dafür ist es erforderlich, zusätzliche finanzielle Mittel z. B. für den Spracherwerb, für Schulsozialarbeit oder andere personelle Erfordernisse zur Verfügung zu stellen.

Schülerinnen und Schüler aus Einwandererfamilien, die gerade nach Deutschland gekommen sind, sollen möglichst nicht nur einer Schule oder gar Klasse zugeteilt werden. Denn diese Konzentrierung führt aufgrund fehlender Sprachkenntnisse zum einen dazu, dass man homogene leistungsschwache Lerngruppen schafft. Zum anderen ist diese Art des Lernens auch nicht der Integration dienlich, da Einwandererkinder so keinen oder nur wenig Kontakt zu anderen Kindern haben, die ihnen zum Beispiel beim Erlernen der deutschen Sprache eine Hilfe sein können. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass diese

Kinder jeder Schule und dort auch verschiedenen Klassen zugeteilt werden, damit alle Schülerinnen und Schüler von dieser Form der Integration profitieren.

In Gütersloh leben viele Werkvertrags- und Leiharbeiterinnen und -arbeiter aus dem europäischen Raum, die die deutsche Sprache nicht beherrschen und wegen der Verständnisschwierigkeiten ihre Rechte nicht kennen und so auch nicht wahrnehmen können. Deshalb muss es für sie und für die hier dauerhaft lebenden Menschen mit Migrationshintergrund eine Anlaufstelle geben, bei der sie über komplexe Angelegenheiten aufgeklärt werden und ihnen bei Verständnisschwierigkeiten geholfen wird. Deswegen fordern wir zusätzlich zu bestehenden städtischen Angeboten die

dauerhafte Einrichtung und Finanzierung einer solchen Beratungsstelle für Werkvertrags- und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter aus dem europäischen Raum außerhalb der Stadtverwaltung.

Diese soll die Werkvertrags- und Leiharbeiterinnen und -arbeiter u. a. vor unnötige und alle Betroffenen optimal über ihre Rechte aufklären. Sie soll auch integrationsfördernd wirken und diesen Menschen Integrationsmaßnahmen aufzeigen (z. B. Sprachkurse, Unterbringung der Kinder in der Kita, Unterstützung bei der Kommunikation mit der Schule usw.). Darüber hinaus soll sie bei arbeitsrechtlichen Problemen eine erste Anlaufstelle sein und bei weitergehendem Beratungsbedarf weitervermitteln.

In der kommunalen Verwaltung müssen die Kenntnisse im Bereich der kulturellen Bildung und Erziehung verstärkt werden. Dabei erwarten wir, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung chancengleich entsprechende Ausbildungs-, Einstellungs- und Beförderungschancen bekommen.

Auch in der Flüchtlingspolitik setzen wir uns für einen integrativen und modernen Ansatz ein. Das bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass es keine zentralisierten Sammellösungen für Flüchtlinge geben darf und eine menschenwürdige Unterbringung und Behandlung (konsequente Arbeitsvermittlung, Bildungschancen, schnelle Verfahren etc.) garantiert sein müssen. Dies gebietet nicht nur die Solidarität mit den von Verfolgung und Krieg betroffenen Menschen, sondern auch der gesellschaftliche Frieden. Nur mit dezentralen Lösungen und einer guten Eingliederung in die Gesellschaft können Konflikte mit eventuellen Anwohnerinnen und Anwohnern vermieden werden.

Beunruhigend ist es für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass es in den letzten Jahren gewalttätige rechtsextreme Initiativen gab, die das vielfältige Zusammenleben in Gütersloh in Frage stellten. Gleichzeitig wissen wir, dass Menschenfeindlichkeit und antidemokratische Haltungen auch in der Mitte der Gütersloher Gesellschaft Anschluss finden können. Hierbei ist Rassismus nur eine Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, neben Homophobie, Sexismus etc. Wir stellen uns entschieden gegen alle Formen der Diskriminierung und wollen sie aktiv bekämpfen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kampf gegen Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit intensiver in Schulen behandelt werden, um auf einer breiten Basis gegen Menschenfeindlichkeit ankämpfen zu können (→ Kapitel 3.7).

Eine gute Möglichkeit, eine tolerante und kooperative Haltung aller Menschen im Umgang miteinander zu fördern, ist interkulturelles Training. In dem Maße, wie klar wird, was uns alle als Menschen immer verbindet, und mit welchen Handlungskompetenzen kulturellen Eigenarten gegenseitig respektvoll und offen begegnet werden kann, wird pauschaler Ablehnung entgegengewirkt.

Über die Zuständigkeiten nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz hinaus ist das gedeihliche Zusammenleben aller auch eine Aufgabe von allen und interkulturelle Kompetenz damit eine Schlüsselkompetenz im 21. Jahrhundert. Interkulturelles Training muss ein fester Bestandteil aller Betreuungsangebote, wie z. B. im offenen Ganztage, und eine kommunal geförderte Option für alle Gruppen im Gemeinwesen werden.

Für uns als Gütersloher SPD ist klar, dass unser Einsatz für Vielfalt und Demokratie auch in Zukunft gefragt sein wird. Die Zusammenarbeit mit Kulturvereinen und Initiativen, die sich für ein buntes, lebenswertes Gütersloh einsetzen, hat für uns weiterhin eine hohe Priorität. Es bleibt uns daher ein Hauptanliegen, mit allen Beteiligten Programme zu entwickeln, die in der Breite wirken: Für die Schulen, für die freie und städtische Jugendarbeit, für Sport- und Kulturvereine werden wir ein Partner und kommunalpolitischer Ansprechpartner sein, wenn es um die Förderung von Programmen für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit geht.

Bei der politischen Entscheidungsfindung müssen die Menschen in Gütersloh frühzeitig mitgenommen werden. Bürgerschaftliches Engagement muss in die politische Arbeit eingebunden sein und der Prozess nachvollziehbar gestaltet werden. Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner müssen verstärkt einbezogen werden. Dies gilt auch für den Seniorenbeirat und das Jugendparlament

7. Kultur und Sport in Gütersloh

7.1. Kultur

Das kulturelle Leben in Gütersloh ist bunt und vielfältig. Für uns sind die kulturellen Einrichtungen, Veranstaltungen und Angebote ein fester und selbstverständlicher Bestandteil des Gütersloher Lebens und kein exklusives oder zusätzliches Angebot. Darüber hinaus macht es Gütersloh attraktiv für Menschen aus den Nachbarkommunen und der Region.

Wir setzen uns in unserer kulturpolitischen Arbeit zum Ziel, dass alle Menschen in Gütersloh vom reichhaltigen und vielfältigen Kulturangebot der Stadt Gütersloh profitieren können. Der gleiche Zugang zu Kultur und zur kulturellen Bildung – „Kultur für alle“ – war in der Vergangenheit unsere Leitlinie und wird es auch in Zukunft sein. Kultur entfaltet ihr volles Potenzial aber nur, wenn sie auch von den Menschen selbstständig gestaltet wird. Deshalb setzen wir uns als SPD für eine aktivierende Kulturpolitik ein, die den Menschen in unserer Stadt vielfältige Möglichkeiten bietet, aktiv Kultur zu schaffen und zu gestalten, z. B. in der Form des Bürgertheaters oder einer Sommerakademie wie in Paderborn.

Ein wesentlicher Impuls für das Gütersloher Kulturleben war, unter maßgeblicher Mitwirkung der SPD, die Verabschiedung eines Kulturentwicklungsplans, der sieben Handlungsfelder beinhaltet: Kulturstandort und Kreativwirtschaft, Kulturelle Bildung, Kulturförderung, Kultur und Ehrenamt, Kulturelles Erbe und Erinnerungskultur, Soziokultur und freie Szene sowie Bildende Kunst und Kunst im öffentlichen Raum. Dieser Kulturentwicklungsplan liefert einen Orientierungsrahmen für die kulturelle Entwicklung in Gütersloh in den nächsten Jahren. An seiner konkreten Ausfüllung werden wir uns als SPD weiterhin engagiert beteiligen.

Hinsichtlich der Stärkung des Kulturstandorts Gütersloh wollen wir die Sicherung und Steigerung eines öffentlichen Finanzierungsanteils für engagierte Träger (wie etwa die Weberei, die Kulturgemeinschaft Dreiecksplatz, das Jugendmusikkorps Avenwedde oder der Dorf- und Heimatverein Isselhorst) über ein Haushaltsjahr hinaus unter Berücksichtigung des Kostensteigerungsindex. Des Weiteren setzen wir uns für

die Schaffung von mehr bezahlbaren Arbeitsräumen für Kunst- und Kulturschaffende ein

und für die Vernetzung der Kultur- und Kreativwirtschaft (institutionell, personell und inhaltlich), insbesondere im Kreis Gütersloh, aber auch in der Region OWL, auch mit dem Ziel die Identifikation der Kulturschaffenden mit der Region zu fördern.

„Kulturelle Bildung“ ist eines der im Rahmen der Gütersloher Kulturentwicklungsplanung definierten Schwerpunktthemen. Mittlerweile liegt bereits das fortgeschriebene Gesamtkonzept „Kulturelle Bildung Gütersloh“ vor und wurde im NRW-Landeswettbewerb 2019 zum zweiten Mal ausgezeichnet. Gütersloh ist demnach gut aufgestellt im Bereich „Kulturelle Bildung“: So ist zum Beispiel die im Januar 2017 neu gegründete und im Fachbereich Kultur angesiedelte Koordinierungsstelle aufgeteilt in einen konzeptionellen (Kordinatorin) und einen aufsuchenden Aufgabenbereich (Kulturstreetworkerin). Als SPD unterstützen wir diese Stärkung des Handlungsfeldes Kulturelle Bildung in unserer Stadt. Denn wir verstehen sie als Element des lebenslangen Lernens. Die Begegnung und Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fördert in allen Generationen die persönliche Identität, die Potenziale des Einzelnen und interkulturelle Kompetenzen. Im Fokus stehen für uns dabei besonders Kinder und Jugendliche, mit dem Ziel ihnen einen chancengerechten Zugang zu ästhetischen-kulturellen Erlebnissen zu verschaffen und gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.

Als SPD geht es uns darum, das breit gefächerte Angebot, das es im Handlungsfeld der kulturellen Bildungsarbeit in Gütersloh gibt, weiter auszubauen. Bewährte Landesförderprogramme wie „Kulturstrolche“, „Kunst und Schule“ oder „KulturScouts OWL“ sind uns dabei ebenso wichtig wie neue Formate, die unter Berücksichtigung der kulturpolitischen Ziele des zweiten NRW-Kulturförderplans 2019–2023 auf unsere Stadt zugeschnitten sein sollten.

Die professionelle Vernetzung der Akteure vor Ort, dazu zählen (Kultur-)Institutionen, Vereine, Jugend-, Familien- und Bürgerzentren, freischaffende Künstler oder Kunstvermittler, ist uns ein zentrales Anliegen. Mit einzubeziehen sind dabei speziell die Schulen als der zentrale Ort für kulturelle Teilhabe.

An dieser Stelle möchten wir das Augenmerk noch stärker darauf lenken, die Zusammenarbeit zwischen Schulen (aller Schulformen) mit kulturellen und sozialräumlichen Partnern strukturell und systemisch stärker zu verankern und Schule zukünftig als einen Kulturort in der Gütersloher Bildungslandschaft zu denken. Daneben sollen auch die Stadtbibliothek und die Volkshochschule mit ihren Angeboten zu Orten einer verstärkten kulturellen Bildung werden.

Kulturförderung in der Stadt heißt für uns, das derzeitige, vielfältige kulturelle Angebot in der Stadt mit den prägenden Institutionen wie Weberei, Kultur Räume, Stadtmuseum, Bambi etc. sowie den zahlreichen kulturell aktiven Vereinen mit Projekten, wie z. B. Freitag 18, dem Bachchor, den Heimatvereinen etc. zu erhalten und auszubauen, auch durch eine stärkere finanzielle Beteiligung der Stadt.

Die Kulturförderung möchten wir institutionell stärken durch den Ausbau des Kulturforums, in dem Schwerpunktthemen aufgegriffen werden und konkrete und verbindliche Handlungsempfehlungen für die kommunale Kulturpolitik formuliert werden sollen, denn durch die Zusammenführung der Akteure in einer solchen Veranstaltungsform können Kräfte gebündelt und soll der Kultur eine gewichtigere Stimme verliehen werden.

Kultur und Ehrenamt stehen in Gütersloh in einer engen Verbindung, deshalb muss die Wertschätzung und Anerkennung der ehrenamtlichen Kulturarbeit in Gütersloh verstärkt werden, auch durch die finanzielle, strukturelle und personelle Förderung und Unterstützung der ehrenamtlichen Kulturarbeit.

Zudem fordern wir bessere Konditionen für die Nutzung städtischer Veranstaltungsräume für die ehrenamtliche Kulturarbeit sowie die Unterstützung der Vereine für übernommene Aufgaben z. B. des Denkmalschutzes (z. B. Musikzentrum Altewischer, Spexarder Bauernhaus, Stadtmuseum, Heimatverein Gütersloh, Dorf- und Heimatverein Isselhorst).

Eine besondere Rolle für die Stadt besitzen das kulturelle Erbe und die Erinnerungskultur, um die stadtbürgerliche Identität zu fördern und Bestrebungen der Umdeutung der Geschichte entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang setzt sich die SPD ein für die Stabilisierung und Stärkung des Stadtarchivs und des Stadtmuseums, den Ausbau und die Pflege von sog. Oral-History-Projekten, vor allem der bewährten „Erzählcafés“, die Sicherung von Vereinschroniken als stadtgeschichtliche Quellen, Unterstützung der ehrenamtlichen Geschichtsarbeit und Förderung der historischen Projektarbeit an den Schulen, die Fortschreibung der Stadtgeschichte in gedruckter Form unter besonderer Berücksichtigung bisher nicht ausreichend bearbeiteter Themen (Alltagsgeschichte, Industriegeschichte, Geschichte Güterslohs in der Zeit des Nationalsozialismus, Nachkriegszeit und auch Zeitgeschichte).

Außerdem fordern wir die weitere Unterstützung von Aktionen wie „Lesen gegen das Vergessen“ oder der Projektarbeit zum Thema Holocaust z. B. durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Erinnerungskultur und dessen Angeboten.

Des Weiteren fordern wir den

Ausbau der Stadtführungsangebote und deren Verbindung mit Einrichtungen wie Museum und Archiv, die Aufnahme stadtgeschichtlicher Themen in der Theater- und Musikarbeit, die Intensivierung des kulturellen Austausches mit Güterslohs Partnerstädten, die Verbindung neuer Elemente der Erinnerungskultur auf dem Gelände der LWL-Klinik mit solchen im Stadtgebiet.

Soziokultur und freie Szene sind ebenso wichtige Elemente im kulturellen Leben Güterslohs wie die Angebote der „Hochkultur“. Deshalb wollen wir als SPD die Wertschätzung und öffentliche Wahrnehmbarkeit der Arbeit der Freien Szene und der Soziokultur verbessern, das Raumangebot für ihre Arbeit erhalten und ausbauen, die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Potenziale der Freien Szene bzw. der Soziokultur verbessern und neue, bisher nicht erreichte Zielgruppen für das Angebot von Soziokultur und freier Szene gewinnen.

Als weitere Punkte setzt sich die SPD ein für die Unterstützung von Freier Szene und Soziokultur durch verstärkte Werbung (Werbeflächen, Aufnahme in die Informationsmedien der Stadt),

die weitere Pflege des Veranstaltungskalenders und die Einbindung noch nicht erfasster Akteure sowie durch Beratung und Fortbildung.

Bildende Kunst und Kunst im öffentlichen Raum sind durch einen Beschluss des Ausschusses für Kultur und Weiterbildung im September 2019 stärker in den Fokus gerückt worden. Dennoch besitzt dieser Bereich noch nicht die Bedeutung, die ihm für die Gestaltung des kulturellen Lebens in der Stadt zukommt.

Deshalb fordert die SPD auf der Grundlage dieses Beschlusses die Entwicklung eines Handlungskonzeptes für Kunst im öffentlichen Raum

unter Berücksichtigung bestehender Ansätze, wie z. B. Skulpturenpark, Skulpturenpfad (Stadtpark/Botanischer Garten), die Ausweisung attraktiver Standorte für das Aufstellen plastischer Kunst im städtischen Raum sowie die Auflistung wichtiger Denkmäler zur Verbreiterung der Bekanntheit, Verdeutlichung der Bedeutung und Erhöhung der Aufmerksamkeit (z. B. in einem Faltblatt) und einer App mit Aktionen im öffentlichen Raum und beim Tag des offenen Denkmals mit Führungen und Vorträgen.

Darüber hinaus setzt sich die SPD ein für die Initiierung von Netzwerken aus dem Kreis der Künstlerinnen und Künstler zur Kooperation und Durchführung gemeinsamer Aktionen und Projekte, den Aufbau einer Förderstruktur für die bildende Kunst in Gütersloh: Ankäufe, Wettbewerbe, Stipendien, Projektförderung, Kooperationen mit Partnerstädten, Beratung der Künstlerinnen und Künstler, Betreuung künstlerischer Nachlässe und die Erschließung neuer, unkonventioneller Ausstellungsräume und -möglichkeiten (evtl. alte Turnhalle in der Moltkestraße, neues Kunsthaus des Städt. Gymnasiums als Galerie, Rathaus-Foyer oder zentral gelegener städtischer Ort wird Galerie der Stadt Gütersloh, Aufgreifen der Idee eines „Kunsthauses“).

7.2. Stadtbibliothek

Das Angebot der Gütersloher Stadtbibliothek ist hervorragend und sie bildet eine wichtige Säule als Lernort für Schülerinnen und Schüler, aber auch als generationenübergreifende Begegnungsstätte in einer lebendigen Kommune. Sie bietet Kindern und Jugendliche, dabei besonders Schülerinnen und Schüler und auch Studierende, einen unverzichtbaren Zugang zu Literatur und Bildung. Deshalb ist es wichtig, dieser Institution eine entsprechende finanzielle Ausstattung zu gewähren.

Die SPD setzt sich daher dafür ein,

die finanziellen Mittel für die Stadtbibliothek den zunehmenden Aufgaben anzupassen und zu erhöhen.

Gleiches gilt für die finanzielle Ausstattung der Schulbibliotheken (→ Kapitel 3.4). Die Nutzergebühren sollen nicht verändert werden.

7.3. Volkshochschule

Die Volkshochschule mit ihrer kommunalen Verankerung und ihren langjährigen Kooperationen soll ihre Erfahrungen als Moderatorin und Koordinatorin im gesamten Bereich der Weiterbildung einbringen. Sie hat nicht nur einen Auftrag im Spektrum der beruflichen Weiterbildung, sondern soll auch die Grundversorgung mit Angeboten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung sichern. Die Volkshochschule erfreut sich ebenfalls einer hohen Akzeptanz in Gütersloh.

Politische Diskussionen werden zunehmend geprägt von Fake-News, sozialen Medien und Populismus. Ganz besonders gilt dies bei der Auseinandersetzung mit rechten und rechtsextremem Gedankengut. Um diesem auch inhaltlich entgegenzutreten, fordern wir den

Ausbau des Themenfelds der Politischen Bildung, z. B. in Form einer verstärkten Verknüpfung mit der Kommunalpolitik bzw. kommunalpolitisch aktuellen Themen, aber auch dem kritischen Umgang mit Informationen.

Dabei soll zielgruppenorientiert die Volkshochschule stärker als *die* städtische Bildungsstätte für alle Generationen und soziale Schichten agieren. Wünschenswert wäre zudem ein Gesamtkonzept zur Vernetzung und Verknüpfung von Informationen/Wissenswertem über die Stadt (Besonderheiten, Architektur), der Gedenkkultur in Gütersloh (Stadtgeschichte), interkulturellen Kompetenzen („voneinander lernen“), grüne Stadt/grünes Klassenzimmer (Umweltbildung), Denkmalpflege, Stadtentwicklung etc., so dass die Volkshochschule stärker als zentraler Ansprechpartner auch für die Außenwirkung der Stadt sowie zur Stärkung des städtischen Bewusstseins agieren kann.

7.4. Sport

Wir bringen Gütersloh in Bewegung. Als Partner des Sports unterstützen wir die vielfältigen Angebote der Gütersloher Sportvereine, die es den Menschen hier vor Ort ermöglichen, ihren gewünschten Sport auszuüben. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in unseren lokalen Sportvereinen aktiv und engagiert im sportlichen Ehrenamt.

Die Gütersloher Sportvereine haben einen hohen Stellenwert für uns. Sie fördern nicht nur sportliche Aktivitäten und engagieren sich in der Jugendarbeit. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag für unsere soziale Gemeinschaft, die Integration und das Leben in unseren Ortsteilen. Sport bringt Menschen zusammen – Sport verbindet und integriert – Sport bringt Gesundheit und macht Spaß.

Wir werden auch in der Zukunft die Entwicklung der sportlichen Infrastruktur und das große Engagement der Sportvereine unterstützen und fördern.

Die SPD Gütersloh macht sich dafür stark, die Sportvereine in Gütersloh zu unterstützen und zu fördern, die ehrenamtliche Tätigkeit der Übungsleiterinnen und Übungsleiter und Vorstände der Vereine zu unterstützen.

Auch im Rahmen der Gütersloher Schullandschaft (→ Kapitel 3.2) ist es uns wichtig, die Sportvereine mit einzubeziehen. Hier gilt es

die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen in Bezug auf die Angebote der offenen Ganztagschule zu fördern.

Die Gütersloher Bäderlandschaft soll in ihrer Vielfalt erhalten bleiben. Dabei ist es unser Ziel, das Angebot für Schulen und Vereine weiter vorzuhalten und zu stärken. Jedes Kind muss die Chance haben, schwimmen zu lernen. Ein weiteres Ziel ist für uns die familiengerechte Preisgestaltung in allen Gütersloher Bädern. Den Begriff Familie definieren wir umfassend und berücksichtigen selbstverständlich alle Formen von lebensgemeinschaftlichen Bezugssystemen.

Wir wollen den Erhalt der Gütersloher Bäderlandschaft, auch für den Schul- und Vereinssport, und gleichzeitig auf der anderen Seite eine familienfreundliche Angebots- und Preisgestaltung mit einer klaren und modernen Definition des Begriffs Familie.

8. Querschnittsaufgaben

8.1. Finanzen

Für die Sozialdemokratie bedeutet gute und verantwortungsvolle Finanzpolitik, dass man an den richtigen Stellen spart und Problemen schon jetzt konsequent begegnet, um später kein Geld für teure Reparaturen auszugeben. Lange widerlegte neoliberale Dogmen wie „Privat vor Staat“ lehnen wir ab. Für uns sind ein gut ausfinanzierter und ausgeglichener Haushalt und eine starke Daseinsvorsorge zwei gleichwertige Grundlagen guter und sozialer Politik.

Die Stadt Gütersloh hatte in den vergangenen Jahren eine solide Haushaltssituation. Gütersloh hat in den letzten Jahren Schulden abgebaut – bei steigenden jährlichen Investitionen. Entgegen aller Unkenrufe behielten die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und -politiker bei den letzten Haushalten mit ihren positiven Einschätzungen Jahr für Jahr Recht. Diese Erfolge der städtischen Haushaltspolitik hatten drei Grundlagen: die Konsolidierungsbestrebungen der Stadt Gütersloh in den vergangenen Jahren, die Beendigung der kommunal-feindlichen Politik auf Landes- und Bundesebene – zunächst durch die rot-grüne Landesregierung in den Jahren 2010 bis 2017 und dann vor allem auch durch die große Koalition auf Bundesebene – und eine der stärksten wirtschaftlichen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen.

Die Gütersloh SPD hat entgegen populistischer Behauptungen den größten Teil der Sparbemühungen der Stadt mitgetragen und auch mitgestaltet. Wir werden uns allerdings auch in Zukunft

gegen jede Kürzung in den Bereichen Kinder, Jugend, Bildung, Familie und Soziales

aussprechen. Mittel, die in diesen Bereichen frei werden, sollen im System verbleiben. Wir sind der festen Überzeugung, dass präventive Maßnahmen und eine gute Bildung der Schlüssel zu einer besseren Haushaltssituation in der Zukunft sind. Wer in der Zukunft Geld sparen möchte, sollte in der Gegenwart bereit sein, mehr Geld z. B. in die Schulsozialarbeit (→ Kapitel 3.4) oder die personelle und allgemeine Ausstattung von Kindertagesstätten und Schulen zu investieren (→ Kapitel 2.1 und 3.6).

Getreu dem Motto „Die Zukunft gibt es nicht für lau“ muss der über viele Jahre aufgebaute Investitionsstau endlich angegangen und abgebaut werden.

Investitionen in Schulen (→ Kapitel 3.6) und Infrastruktur sind dringend notwendig. Dafür bedarf es aber zusätzlich zu städtischen Mitteln auch der verstärkten finanziellen Unterstützung von Landes- und Bundesebene.

Trotzdem muss die Stadt auch in Zukunft ihre Ausgaben genau im Blick behalten und unnötigen Ausgaben müssen vermieden werden.

Wo Möglichkeiten zu Einsparungen festgestellt werden, müssen diese auch weiterhin genutzt werden.

Allerdings ist in den vergangenen Jahren immer deutlicher geworden, dass die Möglichkeiten der kommunalen Familie für Einsparungen an ihre Grenzen gekommen sind. Dies macht aber auch klar, dass eine Partei, die echte politische Verantwortung für die Stadt übernimmt und nicht nur Sparwillen simuliert, klar benennen muss, ob und welche Leistungen und Angebote die Stadt für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr leisten soll, wenn sie verantwortlich sparen will.

Offensichtliche Möglichkeiten zu Einsparungen gibt es aus Sicht der SPD nur noch vereinzelt. Mit der SPD wird es keine Einsparungen nach der „Rasenmäher-Methode“ oder mit pauschalen Personalkürzungen geben.

Diese machen alle betroffenen Bereiche ineffizienter, bringen finanziell kaum Spielräume und belasten das teilweise bereits ausgedünnte Personal der Stadt zusätzlich.

Besonders die Politik des generellen Personalabbaus hat in der Vergangenheit zu Schwierigkeiten in einzelnen Dezernaten der Stadt geführt. Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben versucht, immer wieder neue Aufgaben mit einer stetig absinkenden Personaldecke so gut wie möglich zu bewältigen. Dem wurde in den vergangenen Jahren mit einer hohen Anzahl an Stellenneugründungen entgegnet. Leider wurden hier einige Bereiche stiefmütterlich behandelt oder die dortigen Stellen nicht dem Arbeitsmarkt entsprechend ausgestaltet, so dass weiterhin zahlreiche Stellen insb. in der Bauverwaltung unbesetzt sind. Dem muss dringend Einhalt geboten werden:

die Stadt Gütersloh als Arbeitgeber muss attraktiver und besonders die dringend benötigten (z. T. bereits gegründeten, aber unbesetzten) Stellen entsprechend attraktiv ausgestattet werden.

Gleichermaßen gilt es,

die Arbeitsbedingungen zu verbessern und für eine angenehmere Arbeitsatmosphäre im Rathaus zu sorgen. Unterbesetzte und überlastete Abteilungen sind hier kontraproduktiv. Gute Kommunalverwaltung braucht engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nur mit ausreichendem und gut ausgebildetem Personal in den Verwaltungen kann die Kommunalpolitik handeln und können die Kommunen gestalten. Auch ist die Stadt darum bemüht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Allen Beschäftigten müssen qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Dem Leistungsprinzip muss mehr Achtung verschafft werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen auf allen Ebenen der Verwaltung durch gute Weiterbildungsangebote qualifiziert werden. Dabei ist der Qualifizierung von Frauen zur Vorbereitung auf Leitungs- und Führungsaufgaben besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

8.2. Digitalisierung

Die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft bietet bei zahlreichen kommunalpolitischen Aufgaben viele Chancen. Dies haben wir an einigen Stellen im Wahlprogramm dargestellt (→ Kapitel 3.3, 4.4 und 8.8).

Grundsätzlich gilt es, diese Chancen zu nutzen – gleichwohl darf Digitalisierung niemals zum Selbstzweck verkommen

und der Einsatz digitaler Instrumente muss – wie andere Instrumente auch – ständig darauf überprüft werden, ob ein tatsächlicher Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger erfolgt oder nicht. Die Beteiligungsformen des „Digitalen Aufbruchs“ sind als Ergänzung eine sehr nützliche und hilfreiche Form. Sie dürfen jedoch keine Parallelstrukturen zu anderen Entscheidungsstrukturen bilden geschweige denn andere, etablierte Strukturen und Instrumente vollständig ersetzen, denn i. d. R. wird eine größtmögliche Beteiligungsmöglichkeit angestrebt.

Bei der Digitalisierung der Verwaltung muss der eingeschlagene Weg der Prüfung von Arbeitsabläufen im Rathaus fortgeschritten werden. Doch auch hier zählt am Ende häufig der persönliche Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürger.

8.3. Feuerwehr und Sicherheit

Durch das gute Zusammenwirken von Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr können wir in Gütersloh sicher sein. Wir haben uns in den vergangenen Wahlperioden für die Gründung der Berufsfeuerwehr und die inzwischen fertiggestellte neue Feuerwache eingesetzt. In der Konsequenz setzen wir uns nun

für die dringende Sanierung des Standorts der Freiwilligen Feuerwehr an der Friedrich-Ebert-Straße ein.

Für uns sind eine technisch optimal ausgestattete Feuerwehr und ein gleichermaßen ausgerüsteter Rettungsdienst selbstverständlich. Eine moderne Ausstattung unserer Feuerwehren zum Erhalt ihrer erfolgreichen Arbeit ist dazu unverzichtbar. Dabei ist die Unterstützung der Berufsfeuerwehr und der ehrenamtlichen Feuerwehren gleichermaßen zu berücksichtigen, auch um die Gemeinschaft und den Zusammenhalt zu stärken. Wir wollen beide in ihrer Aus- und Fortbildung unterstützen und sie bei der Nachwuchssuche und -förderung begleiten. Daneben gilt es auch die Vereinbarkeit von Beruf und freiwilligem Dienst bei sich abzeichnenden demografischen Veränderungen zu erhalten. Gerade in diesem Zusammenhang setzen wir uns

für die Unterstützung bei der Gewinnung ehrenamtlicher Nachwuchskräfte ein.

Die Polizei trägt maßgeblich zur Sicherheit in unserer Stadt bei und bildet dabei, neben dem Rettungsdienst und der Feuerwehr, einen Baustein der Sicherheitspartnerschaft zum Schutz aller hier vor Ort. Die Sicherheit ist aber nicht allein durch diese Sicherheitspartnerschaft zu gewährleisten. So gilt es,

die Förderung der „Kultur des Hinschauens und des Helfens“ zu stärken.

Sei es durch eine gute Sozialarbeit oder auch die volle Integration von Minderheiten in unserer Gesellschaft. Ein gemeinsames, freundschaftliches Miteinander verhindert Aggressionen und Gewalt.

Die Beleuchtung öffentlicher Wege und Straßen schafft ein Gefühl der Sicherheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein umfassendes und energetisch modernes Beleuchtungskonzept für Gütersloh zügig auf den Weg gebracht und umgesetzt wird.

Dies beinhaltet die Umstellung auf die LED-Technologie, kann aber auch zur Ausweitung der bisherigen Beleuchtung „mehr“ und „länger“ führen. Dabei soll neben der guten Ausleuchtung von Fuß- und Radwegen, auch die Vermeidung von Verkehrsunfällen z. B. auf den Stadtringen im Fokus stehen. Um diesen vorzubeugen, ist neben einer guten Ausleuchtung auch die Prüfung zur Senkung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Ausfallstraßen auf Tempo 50 sinnvoll.

8.4. Verbraucherpolitik

Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft nehmen die Menschen nicht nur an ihrem Arbeitsplatz wahr, sie sind auch als Verbraucherinnen und Verbraucher immer wieder mit neuen Entwicklungen und Herausforderungen konfrontiert. Aus kommunaler Sicht ist das Angebot von Beratungsstellen für Verbraucherinnen und Verbraucher sinnvoll und notwendig. Wir erwarten vom Land, dass die Mittel der Verbraucherberatung der Kommunen dauerhaft ausgeglichen werden und der Bestand der Beratungsstellen gesichert wird.

Die SPD unterstützt die Gütersloher Beratungsstelle der NRW-Verbraucherzentrale. Lokale Verbraucherpolitik ist für uns auch Ausdruck von Bürgernähe.

Es gehört zum öffentlichen Auftrag der kommunalen Weiterbildungsträger, durch Bildung, Information und Beratung das Verbraucherbewusstsein zu fördern. Dies gilt für alle Bildungsinstanzen von Kindergärten über Schulen bis hin zu Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

8.5. Kommunale Unternehmen spielen eine wichtige Rolle

Kommunale Unternehmen sichern Arbeitsplätze, schaffen viele Ausbildungsplätze und sind verlässliche Partner von Handwerk und Mittelstand. Öffentliche Daseinsvorsorge mit hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitnehmer. Sie sind im regionalen und internationalen Standortwettbewerb von Bedeutung.

Wir erwarten zudem von unseren kommunalen Unternehmen eine verbraucherpolitische Vorbildfunktion der kommunalen Unternehmen. Hierzu gehört in den Augen der Sozialdemokratie auch die stetige Weiterentwicklung der Ansätze „Gütersloh als Fair-Trade-Town“ und des ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens. Die gilt sowohl innerhalb der klassischen Verwaltung, als auch in den kommunalen Unternehmen. Die Menschen vor Ort erwarten, dass die Kommunen Verantwortung für die Daseinsvorsorge behalten und diese aktiv gestalten. Die Daseinsvorsorge darf nicht von privaten Gewinninteressen bestimmt werden. Vielmehr müssen kommunale Unternehmen so gestärkt werden, dass sie in wirksame Konkurrenz zu privaten Monopolen und Oligopolen treten können. Hierin unterscheiden sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Vertreterinnen und Vertretern neoliberaler Ansätze grundsätzlich.

Vielfalt und Qualität der Leistungen, die kommunale Unternehmen in den verschiedenen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge erbringen, zeigen, wie wichtig die Entscheidungsfreiheit der Kommunen ist. Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Sie müssen unter fairen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen können.

Der grundsätzliche Vorrang der Privatwirtschaft vor der Kommunalwirtschaft ist dabei nicht automatisch gegeben und stellt nicht die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt der Politik. Gleiches gilt für die generelle Annahme, dass bei Ausschreibungen immer das billigste Angebot auch das „Beste“ für die Stadt ist.

Wir fordern, die Landes- und Bundesgesetzgebung im Vergaberecht dahingehend zu ändern, dass Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben sind, die ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu den aktuell gültigen Bedingungen der Tarifabschlüsse der jeweiligen Branchen beschäftigen. Selbstverständlich erwarten wir dies ebenfalls von den kommunalen Unternehmen.

Gesundheit – Das Städtische Klinikum und die Ärzteversorgung

Unser Gesundheitswesen – der gesamte Sektor von medizinischer Versorgung über Apotheken, Physio- und andere Therapien, Rehabilitationsmaßnahmen, bis hin zur Altenpflege und der Krankenversicherungswirtschaft – ist aufgrund des vielbeschworenen demographischen Wandels einer der Wachstumsmärkte schlechthin: Noch nie sind so viele Menschen in unserer Gesellschaft so alt geworden, mit allen dazugehörigen Herausforderungen an unser Gesundheitssystem.

Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt liegen auch hier die Wachstumschancen. Der Bedarf an qualifiziertem (Pflege-)Personal wird in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Für uns gilt es daher, diesen Bereich zu stärken. Die Stadt Gütersloh verfügt dabei im Kreis Gütersloh (→ Kapitel 8.7) über gute Ausgangsbedingungen und Möglichkeiten zu weiteren Vernetzungen in der Gesundheitswirtschaft.

Mit unserem Klinikum Gütersloh haben wir die besten medizinischen Voraussetzungen mit hohem Versorgungsstandard und sehr gutem Ausbildungsstand für alle Bürgerinnen und Bürger in Gütersloh und der Umgebung. Mit dem Ausbau der Fachrichtungen und der verschiedenen medizinischen Zentren unterstützen wir eine differenzierte Versorgung und stärken die langfristigen Ziele unseres Klinikums. Die gute Aufstellung für die Zukunft schützt unser Klinikum nicht zuletzt auch vor privaten Investoren, denn die Eigenständigkeit unseres Klinikums Gütersloh ist nicht selbstverständlich, aber ein Verkauf oder auch eine Privatisierung findet bei uns keinerlei Unterstützung. Das Klinikum Gütersloh ist und bleibt ein ganz wesentlicher Bestandteil der optimalen gesundheitlichen und wohnortnahen Versorgung und damit für die Gütersloherinnen und Gütersloher unverzichtbar. Es ist für uns ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge in unserer Stadt.

Die SPD Gütersloh setzt sich dafür ein,

das Klinikum Gütersloh zu stärken und medizinisch wie baulich zu erweitern. Dabei soll die Eigenständigkeit erhalten bleiben.

Damit die stationäre Gesundheitsversorgung in Stadt und Kreis weiterhin sichergestellt werden kann, sollen weiterhin Gespräche mit dem Kreis Gütersloh geführt werden.

Für uns ist der leistungsfähige Verbund der medizinischen Angebote auf lokaler Ebene selbstverständlich, stärkt er doch die hohe medizinische und pflegerische Versorgung vor Ort. Gerade die Ansiedlung von Hausärztinnen und -ärzten ist dabei im Hinblick auf die demografische Entwicklung eine Herausforderung, die es zu meistern gilt.

Wir wollen den hohen Stellenwert des Gesundheitswesens in Gütersloh erhalten und die Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen und dabei Gütersloh als Standort für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte attraktiv halten. Ein zentrales Element soll dabei eine kommunale Gesellschaft als Trägerin von Medizinischen Versorgungszentren (MZV) spielen.

Die Stadtwerke und ihre Töchterunternehmen

Die Stadtwerke Gütersloh sind als städtisches Unternehmen ein zentraler Bestandteil für die kommunale Daseinsvorsorge in Gütersloh. Sie engagieren sich zusammen mit ihren Töchterunternehmen und Beteiligungen im ÖPNV und Mobilität (→ Kapitel 4.4), in der Energieversorgung (→ Kapitel 5.1), bei den Gütersloher Schwimmbädern (→ Kapitel 7.4) und auch in der Bereitstellung der für den Prozess der Digitalisierung benötigten Infrastruktur (→ Kapitel 4.2 und 8.2).

Sparkasse Gütersloh-Rietberg

Das öffentliche Sparkassenwesen gewährleistet die Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks mit Krediten und den erforderlichen Girokonten. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen erhalten bleiben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öffentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren und schwächen unsere Volkswirtschaft.

Für die Sparkasse Gütersloh-Rietberg gibt es keine Notwendigkeit weiterer Fusionen.

Auch in Zeiten von Digitalisierung müssen die Arbeitsplätze erhalten bleiben, da der unmittelbare persönliche Kontakt der Kundinnen und Kunden mit der Sparkasse unerlässlich ist. Die Dienstleistungen vor Ort werden aufrechterhalten und es erfolgt in Gütersloh keine weitere Ausdünnung des Zweigstellennetzes. Gleichzeitig muss die Sparkasse – wie bisher – ein hervorragender Ausbildungsbetrieb sein und hier weiter gestärkt werden.

Zudem soll die Sparkasse Ausschüttungen an die Stadt Gütersloh vornehmen.

8.6. Europa und Städtepartnerschaften

Gütersloh ist als europaaktive Kommune ausgezeichnet worden. Diese Ehrung ist für uns Verpflichtung zugleich, denn wir müssen aktiv bleiben. Gütersloh liegt mitten in Europa. Ereignisse und Krisen, die unseren Kontinent in Atem halten, machen auch an unseren Stadtgrenzen nicht Halt. Diese Betroffenheit bleibt nicht ohne Auswirkung auf das Zusammenleben in unserer Stadt.

Der Integrationsrat ist das Forum auch unserer Einwohnerinnen und Einwohner aus europäischen Staaten. Um deren Interessen zu würdigen, werden wir prüfen, inwieweit europabezogene Anliegen verstärkt seinem Aufgabenbereich übertragen werden können.

Darüber hinaus werden wir erreichen, dass die in Gütersloh lebenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürger besser über ihre von der EU garantierten kommunalen Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden. Dadurch wollen wir insbesondere das aktive und passive Kommunalwahlrecht und damit insgesamt die lokale Demokratie stärken.

Für in Gütersloh lebende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, soll die Stadt Gütersloh ordnungsrechtlich auf die Einhaltung der gesetzlichen Mindeststandards im Bereich des Wohnens sowie der wirtschaftlichen Situation hinwirken (→ Kapitel 6.9).

Bewährt haben sich unsere Städtepartnerschaften. Hier sind über viele Jahre hinweg tiefe Freundschaften entstanden. Diesen Prozess wollen wir fortsetzen. Wir erkennen jedoch an, dass dieser einer Erneuerung bedarf. Daher wollen wir gerade die jungen Menschen für die Partnerschaftsarbeit begeistern und ihnen darüber Ausbildungs- und Berufschancen ermöglichen. Einbeziehen wollen wir dabei unsere Europaschulen, damit diese die Möglichkeit haben, ihre europäischen Bildungsangebote zu erweitern bzw. zu vertiefen. Die Einrichtung weiterer Europaschulen in Gütersloh werden wir unterstützen.

Junge Menschen bis 27 Jahren wollen wir finanziell unterstützen, wenn sie sich in eine unserer Partnerstädte begeben, um sich dort insbesondere in sozialen und ökologischen Projekten zu engagieren.

Dasselbe gilt für junge Menschen aus unseren Partnerstädten, die dafür nach Gütersloh kommen.

Gütersloh ist Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Dort kann die Stadt von anderen lernen und ihrerseits Vorbild sein. Der Erfahrungsaustausch trägt zu einem besseren Verständnis und dem Abbau von Vorbehalten über Grenzen hinweg bei. Zudem ist der RGRE eine gewichtige Stimme bei Gesetzesvorhaben der EU. Diesen Einfluss wollen wir nicht vergeben und deshalb die Mitgliedschaft in diesem Gremium fortsetzen.

Darüber hinaus wollen wir eine Mitgliedschaft der Stadt Gütersloh im Verband der Agenturen für lokale Demokratie (ALDA) prüfen. Hinsichtlich der Herausforderungen geopolitischer Konflikte und Migrationsbewegungen in der europäischen Nachbarschaft sollte auch hier ein Erfahrungsaustausch und gegenseitige Hilfe durch Projektarbeit geleistet werden. Eine bessere Bewältigung ist auch im Interesse der Stadt Gütersloh.

8.7. Ein guter Nachbar

Die Stadt Gütersloh soll mit den angrenzenden Kommunen, dem Kreis Gütersloh und den benachbarten Kreisen und kreisfreien Städten ein nachbarschaftliches Verhältnis pflegen. Wir wollen versuchen, in Zukunft durch noch engeren und stärkeren Dialog mit unseren Nachbarn mögliche (gerichtliche) Auseinandersetzungen zu vermeiden. Wir wollen als Stadt der guten Nachbarn ein guter Nachbar sein.

Es wächst die Einsicht, dass Stadtregionen und Verdichtungsräume als regionale Wachstumsmotoren neue Formen der Zusammenarbeit benötigen. Deshalb muss Fragen der regionalen Zusammenarbeit noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es kommt darauf an, Klarheit darüber zu schaffen, welche Anforderungen auf die Stadt und regionale Kooperationen zukommen, um im europäischen Wettbewerb bestehen zu können und Synergien durch regionale Kooperation zu erreichen.

An geeigneten Stellen ist daher verstärkt die interkommunale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkommunen in Ostwestfalen-Lippe zu suchen.

Bei den vom Kreis Gütersloh übernommenen Aufgaben, die für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gütersloh von hoher Bedeutung sind, wie etwa die Berufsschulen, das Jobcenter oder die Gesundheitspolitik, gilt es, dem Kreis die entsprechende benötigte Unterstützung zukommen zu lassen, um den Gütersloherinnen und Güterslohern eine bestmögliche Versorgung gewährleisten zu können.

Die Solidarität zwischen den Städten und Gemeinden hat für uns eine hohe Bedeutung. Wir setzen uns daher gemeinsam mit der kommunalen Familie bei Land und Bund für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen ein. Dabei muss uns bewusst sein, dass wir uns als Stadt Gütersloh im Vergleich zu vielen anderen Kommunen derzeit noch in einer guten finanziellen Situation befinden. Der Investitionsstau betrifft uns allerdings ebenfalls in großem Maße.

Eine eventuelle Zahlungsunfähigkeit anderer Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen hätte indirekt gravierende Folgen für die Kreditfähigkeit aller Kommunen und somit auch für uns. Für diese Fälle gilt es, die Interessen Güterslohs und der kommunalen Familie zu bündeln und gemeinsam zu verfolgen.

8.8. Bürgerbeteiligung, Transparenz

Transparenz und die aktive Beteiligung an politischen Prozessen vieler Bürgerinnen und Bürger sind Grundlage von Kommunalpolitik und berechtigte Ansprüche an die Politik des 21. Jahrhunderts. Die SPD begrüßt und fördert diese verständlichen Ansprüche an Politik – besonders an eine moderne und den Menschen zugewandte Kommunalpolitik.

Dass Gütersloh als „Modellkommune eGovernment“ vorangeht begrüßen wir – alle dafür geeigneten Dokumente der Stadt sollten für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden. Nur so entsteht erst eine echte Partizipationsmöglichkeit außerhalb der politischen Gremien für die interessierte Öffentlichkeit. Wir möchten in der kommenden Legislaturperiode erreichen, dass

alle größeren Vorhaben der Stadt von Dialog-Veranstaltungen begleitet werden.

Diese sollten im Vorfeld einer möglichen Willensbildung in Ausschüssen stattfinden, damit die Bürgerinnen und Bürger echte Einflussmöglichkeiten auf wichtige Themen unserer Stadt erhalten. Nur so kann, besonders bei umstrittenen Entscheidungen, echte Akzeptanz bei den Menschen entstehen. Dies ist allerdings kein Selbstzweck: Finden Maßnahmen der Transparenz und Beteiligung keinen angemessenen Anklang, müssen sie entsprechend verändert und angepasst werden. Wichtig ist, dass ein enges Zusammenspiel zwischen Dialog-Veranstaltungen und der kommunalpolitischen Ausschussarbeit stattfindet. Es darf nicht dazu kommen, dass hier parallele Strukturen nebeneinander her oder sogar aneinander vorbei ablaufen.

Digitale Beteiligungsmöglichkeiten sind grundsätzlich auszubauen, sie ersetzen jedoch keine anderen Beteiligungsformen, sondern ergänzen sie vielmehr.

Bei Entscheidungen, die in der Öffentlichkeit auf hohes Interesse stoßen, sollte die Kommunalpolitik mutiger werden und häufiger auf die Möglichkeiten von (Rats-)Bürgerentscheidungen zurückgreifen.

Für Beteiligung ist auch die Art der politischen Kommunikation ausschlaggebend. Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Wissen über die Kommunalpolitik sich in der Bevölkerung stärker verbreitet und das kommunale Ehrenamt für viele Bürgerinnen und Bürger attraktiv wird. Hierfür ist auch ein enger Kontakt zu den Menschen erwünscht und wird von uns auch in Zukunft bewusst gesucht werden. Besonders Menschen mit Migrationshintergrund und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen wir stärker in die repräsentativen Strukturen einbinden und die Möglichkeit bieten, sich politisch zu betätigen.

8.9. Inklusion

Inklusion ist ein in den vergangenen Jahren durch die 2006 von der UN verabschiedete „Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ immer stärker in die öffentliche Diskussion gekommener Begriff. Für uns ist die Inklusion – oder präziser: eine inklusive Gesellschaft – eine Querschnittsaufgabe. Einerseits für alle Bereiche der Politik, andererseits aber vielmehr auch für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Herausforderung der Inklusion ist in den Städten und Gemeinden längst angekommen. Die Leitidee der Inklusion beinhaltet eine gänzlich andere Perspektive als Integration: Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr in gesonderten Maßnahmen aufgefangen und dann in die Gesellschaft integriert werden. Inklusion setzt sich vielmehr zum Ziel, dass sich die Strukturen in allen gesellschaftlichen Lebensreichen für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen öffnen. Die Strukturen sollen behindertengerecht umgestaltet werden, so dass ein gemeinsames Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglicht wird.

Inklusion erfordert ein gänzlich anderes Bewusstsein hinsichtlich des Miteinanders in unserer Gesellschaft. Es muss normal werden, dass jede und jeder – gleich ob mit oder ohne Behinderung – in der Mitte unserer Gesellschaft steht. Inklusion liegt ein Menschenbild zugrunde, das Verschiedenheit in einer Gesellschaft als Normalität begreift und nicht als Hindernis betrachtet. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die sich nicht allein auf den Bereich der Schul- und Sozialpolitik beschränkt. Inklusion braucht Schnittstellen zwischen den Akteuren in der Jugend-, Sozial- und Schulpolitik. Diese Schnittstellen schaffen einen Mehrwert für die kommunalen Akteure.

Es gilt eine ganzheitliche Perspektive einzunehmen. Vom Bildungswesen, Wohnungsbau, Gesundheit, Pflege über den Arbeitsmarkt sind alle Politikfelder und Handlungsebenen betroffen. Wer bei der Umsetzung der Inklusion nur die Kosten in den Vordergrund stellt, verkennt die insbesondere kommunalen Potenziale, die durch die weitgehende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen freigesetzt werden können.

Ebenso muss

Menschen mit Behinderungen die Teilhabe an kommunalen Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten durch die Schaffung adäquater Bedingungen ermöglicht werden.

Vorhandene Ressourcen zur Finanzierung bestehender Systeme der Segregation sind vorhanden und müssen den Anforderungen der Inklusion angepasst werden.

Ziel ist es, für die Stadt Gütersloh einen kommunalen Inklusionsplan zu erstellen.

Dabei gilt der Grundsatz Betroffene zu Beteiligten zu machen. „Nichts ohne uns über uns.“ Menschen mit Behinderung sind „Experten in eigener Sache“ und als solche in den kommunalen Planungsprozessen zu beteiligen. Dafür gilt es vor Ort inklusive, barrierefreie Partizipationsformen zu schaffen.

Die SPD in Gütersloh begreift Inklusion mithin als ein zentrales Element der Schaffung sozialer Gerechtigkeit. In unserer langen Geschichte haben wir immer dafür gestritten, die Ausgrenzung von Menschen zu beseitigen und ihnen Perspektiven und Entwicklungschancen zu geben. Das ist auch die Kernbotschaft der Inklusion, sie ist somit ein zutiefst sozialdemokratisches Anliegen – ein Anliegen, welches es im sozialräumlichen Nahbereich der Kommunen, da wo es für die Menschen unmittelbar erfahrbar wird, konsequent umzusetzen gilt

Neben den in den entsprechenden Kapiteln bereits beschriebenen Auswirkungen auf kommunale Kinder-, Jugend- und Schulpolitik (→ Kapitel 2.1, 2.2, 2.5 und 3.8), aber auch einem behindertengerechten, barrierefreien Wohnungsbau (→ Kapitel 6.3) und dem Ausbau barrierefreier Infrastrukturen in unseren Stadtquartieren sollen auch in der Verkehrsinfrastruktur die Belange der Menschen mit Behinderungen berücksichtigt und deren Mobilität gewährleistet werden. Wichtig ist der SPD Gütersloh zudem:

Eine Erleichterung des Übergangs von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt und der Erhalt von Beruf und Arbeitsplatz für Menschen, die erst im Laufe ihres Erwerbslebens behindert werden.

8.10. Sozialdemokratische Wurzeln

Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln ganz besonders in der Kommunalpolitik. Unser politischer Erfolg und die Stärke der SPD als Volkspartei gründen in unserer Arbeit in der Kommune. Als sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor 112 Jahren in Gütersloh zusammengefunden haben, ging es ihnen um die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes. Daran haben wir – auch unter den veränderten Bedingungen des zurückliegenden Jahrhunderts – stets festgehalten.

Unsere Aufgabe ist es auch weiterhin, unsere Lebensgrundlagen zu sichern und unseren Lebensraum für alle Menschen zu gestalten. Dazu gehört seit Gründung der Sozialdemokratie auch der Kampf gegen Rechts und damit jede Form von Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Sexismus, Homophobie. In dieser Absicht laden wir die Bürgerinnen und Bürger dazu ein, sich mit uns auszutauschen und gemeinsam mit uns unser tägliches Lebensumfeld in Gütersloh zu gestalten.

9. Personal

Folgende Kandidatinnen und Kandidaten sollen für die Jahre 2020-2025 dieses Programm im Rat der Stadt Gütersloh vertreten. In den Wahlkreisen:

Wahlkreisnummer	Wahllokal	Kandidatin/Kandidat
010	Grundschule Kattenstroth	Wiebke Heine
020	Reinhard-Mohn-Berufskolleg	Ingo Krüger
030	Anne-Frank-Schule	Matthis Haverland
040	Grundschule Pavenstädt	Matthias Trepper
050	Volkshochschule	Marc-Stefan Wolinda
060	Rathaus / Wilhelm-Florin-Haus	Sebastian Sieg
070	Grundschule Blücherschule	Dr. Martin Goecke
080	Alte Schule Hollen / Grundschule Blankenhagen	Volker Richter
090	Evangelisches Gemeindehaus	Stefan Bethlehem
100	Freiherr-vom-Stein-Schule	Christa Kockentiedt
110	Grundschule Nordhorn	Antje Gehring
120	Grundschule Sundern / Geschwister-Scholl-Realschule	Carsten Engelbrecht
130	Grundschule Overbergschule	Jael Rachel Räker
140	Grundschule Paul-Gerhardt-Schule	Dr. Thomas Krümpelmann
150	Janusz-Korczak-Schule	Katja Giese
160	Grundschule Heidewald	Claudia Krullmann
170	Grundschule Josefschule	Benjamin Lumma
180	Grundschule Edith-Stein-Schule	Erik Humbert
190	Grundschule Kapellenschule	Sebastian Pähler
200	Grundschule Avenwedde-Bahnhof	Sabine Hollmann
210	Grundschule Avenwedde-Bahnhof	Falk Ilskensmeyer
220	Freie Waldorfschule	Lisa-Marie Becker

Und auf der Reserveliste:

Platz	Kandidatin/Kandidat	Ersatzkandidatin/-kandidat
1	Volker Richter	
2	Christa Kockentiedt	
3	Dr. Martin Goecke	Ingo Krüger
4	Jael Rachel Räker	
5	Matthias Trepper	
6	Sabine Hollmann	Lisa Marie Becker
7	Dr. Thomas Krümpelmann	
8	Wiebke Heine	

9	Stefan Bethlehem	Vivien Sczesny
10	Matthis Haverland	Mario Klasfauseweh
11	Lisa-Marie Becker	Sebastian Pähler
12	Sebastian Sieg	Moritz Homann
13	Katja Giese	
14	Marc-Stefan Wolinda	
15	Ingo Krüger	
16	Antje Gehring	
17	Carsten Engelbrecht	
18	Claudia Krullmann	
19	Falk IIskensmeyer	Armin Wiese
20	Sebastian Pähler	
21	Vivien Sczesny	
22	Erik Humbert	
23	Anke Unger	
24	Benjamin Lumma	
25	Markus Drüge	
26	Maja Schucht-Rump	
27	Stefan Schneidt	
28	Angela Hippe	
29	Dennis Selent	
30	Mario Klasfauseweh	
31	Lucie Jost	
32	Philipp Fleiter	
33	Anne Haverland	
34	Florian Lindhorst	
35	Christopher Kunz	
36	Nathalie Hunke	
37	Jonas Dreisilker	
38	Moritz Homann	
39	Dirk Mathias Möllenhoff	
40	Armin Wiese	